
Die Linkspartei.PDS auf dem Weg zur neuen Linken

Anforderungen an eine politikfähige Partei

Meinhard Meuche-Mäker

Eine Studie im Auftrag des Bereiches Strategie und Politik der
Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Hamburg, 31. August 2006

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	3
2.	Die Linkspartei im Parteiensystem	5
3.	Grundfragen der Strategieentwicklung	8
	3.1. Akteur im politischen System	8
	3.2. Aufbrechen neoliberaler Hegemonie	13
	3.3. Schwieriger Umgang mit der SPD	15
	3.4. Potenziale linker Politik	16
4.	Partei und Organisationsentwicklung	20
	4.1. Herkünfte und Traditionen	20
	4.2. Pluralismus – offene Strömungspartei	22
	4.3. Schwierigkeiten mit der Identität	26
	4.4. Mitglieder, Meinungsbildung und offene Debatte	28
	4.5. Abbau oder Andauern der Ost-West-Asymmetrie	30
	4.6. Organisationskultur und lernende Organisation	32
5.	Ein Blick zurück und vorläufiges Fazit	34
6.	Literatur	37

Abschiedsmusik ertönt. Eine Abschiedsfeier beginnt. Wir sind alle dazu eingeladen.

Es gilt Abschied zu nehmen, von Menschen und Zeiten. Von vielem, was uns verwandt und teuer war, nehmen wir Abschied, und das Scheiden tut weh.

Aber wir nehmen auch Abschied, fröhlich nehmen wir Abschied, ohne „Auf Wiedersehen!“ zu sagen, ohne „Lebewohl“.

Von uns selbst nehmen wir Abschied in langen schmerzlichen Abschiedsstunden, denn von dem Vergangenen scheidend, muß auch von dem Vergangenen in uns selbst geschieden sein.

Manches lebt auch weiter, von dem wir glaubten, auf immer Abschied genommen zu haben. Darum sagen wir nicht zu voreilig: „Auf Nimmerwiedersehen!“

Abschied. Und: es soll anders werden! Mach dich fertig! „Vergiß das viele Gute nicht!“ mahnt es dich, und es warnt dich zugleich: „Gib acht! Schau nach, was du mitnimmst!“

aus: Johannes R. Becher, Abschied (Roman)

1. Vorwort

Wenn an einem Sonntagabend im September 2009¹ die Wahllokale schließen, wird sich zeigen, ob die neue Linke auf absehbare Zeit auch bundesweit Bestand hat. An dem Wahlergebnis der nächsten Bundestagswahl wird gemessen werden können, ob die Menschen aus dem Osten und dem Westen der Bundesrepublik, die sich seit dem vergangenen Jahr an der Entwicklung der demokratischen Linken beteiligen, dieses gemeinsame Projekt erfolgreich entwickelt haben.

Am Bundestagswahlergebnis kann abgelesen werden, ob das „Gespenst einer neuen bundesweiten Linkspartei“ das im Sommer 2005 gesichtet wurde, sich verflüchtigt hat – wie jetzt bereits in den Medien gemutmaßt wird – oder ob die Linke tatsächlich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingegriffen und Wirkungsmacht erlangt hat.

¹ Die Bundestagswahl schließt das ‚Superwahljahr 2009‘ ab. Es finden Kommunal- (Baden-Württemberg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Nordrhein-Westfalen) und Landtagswahlen (Thüringen, Brandenburg, Saarland, Sachsen), die Europaparlamentswahl sowie die Wahl des Bundespräsidenten statt. Ob die Bundestagswahl planmäßig 2009 oder bereits früher stattfindet, läßt sich schwer ermitteln. „Wüßte die Kanzlerin, wüßten CDU, CSU und SPD, womit sie jeweils in den nächsten Wahlkampf ziehen sollten, käme der Bruch schon 2007 oder 2008, jedenfalls nicht erst 2009.“ in: G.H.: „Die Elite“, in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7.7.2006

Gemessen wird das Ergebnis in Prozenten – aber die Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber, ob diese Linke in der Lage war, sich gemeinsam mit ihnen für ihre Interessen und Ziele einzusetzen. Ob und welche Erfolge sie dabei erzielte. Und nicht zuletzt, ob Linkspartei.PDS und WASG mit Hilfe neu hinzukommender engagierter Mitglieder fähig waren, eine gemeinsame Partei zu bilden. Eine Partei, die sozial und solidarisch, demokratisch und plural, vielleicht sogar sozialistisch, auf jeden Fall nicht auf den klassischen linken Mikrokosmos, sondern auf die gesellschaftliche Realität bezogen ist.

Auf dem Wege zu einer politikfähigen Partei sind zahlreiche Schwierigkeiten zu bewältigen. Ihre Ursachen begründen sich aus der Geschichte der beteiligten Menschen und Organisationen, aus den vielfältigen, teilweise erheblich divergierenden politischen und ideologischen Vorstellungen und aus dem Charakter des Kooperationsprozesses selbst. Es existieren aber auch erhebliche Potenziale, vor allem die Erfahrungen der engagierten Mitglieder sowie ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer und ihre Hoffnungen, eine stärkere linke Partei könne die zahlreichen Fehlentwicklungen in der Gesellschaft korrigieren und Schritte zu ihrer Überwindung befördern.

Der Prozess der Zusammenarbeit und Transformation von Linkspartei.PDS und WASG in eine neue Partei bedarf der inhaltlichen Debatte. Die programmatischen Grundlagen sind gemeinsam neu zu erarbeiten. Entscheidend ist, dass in ihr die Frage diskutiert und beantwortet wird, „was die Kerne linker Politik unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts sind.“² Als aktuelle inhaltliche Beiträge zu dieser Debatte liegen die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“³, das Manifest „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“⁴ sowie zahlreiche Positionspapiere, Aufrufe und Stellungnahmen vor. Notwendig wäre es, dass die Linkspartei.PDS ihren bisher erarbeiteten programmatischen Vorrat einbringt. Sie hat in ihrer erst wenige Jahre zurückliegenden Programmdebatte entlang der Frage „Was braucht der Mensch?“ Beachtliches zur Formulierung eines zeitgemäßen Sozialismusverständnisses beigetragen.

Weniger Aufmerksamkeit genießt in der Entwicklung des linken Parteiprojekts bislang die Frage seiner inhaltlich-organisatorischen Ausformung. Welche strukturellen Konsequenzen ergeben sich aus dem Anspruch eines emanzipativen, linken Parteiprojekts? Welche Anforderungen stellen die Akteure an sich und das gemeinsame Projekt? Welche Schwierigkeiten ergeben sich aus den Herkunft und Identitäten? Wie kann das Selbstverständnis definiert und eine Einordnung ins Parteiensystem vorgenommen werden?

Ausgewählte Grundfragen der Strategieentwicklung sowie der Partei- und Organisationsentwicklung stehen im Mittelpunkt dieser Analyse. In ihr werden ausgewählte Problemstellen benannt und erforderlicher Klärungsbedarf aufgezeigt. Die Linkspartei.PDS ist Bestandteil der Neuformierung der Linken. Für die Diskussion im Parteibildungsprozess werden Vorschläge unterbreitet. Es geht um Anforderungen an eine politikfähige Partei.

² „Aber laut werden kann ich“, in: DISPUT, November 2005, S. 9, Interview mit Ulrich Maurer

³ Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG (Joachim Bischoff, Michael Brie, Wolfgang Gehrcke, Bernd Ihme, Dieter Klein, Ralf Krämer, Konstanze Kriese, Julia Müller, Katina Schubert, Axel Troost, Harald Werner, Janine Wissler), Februar 2006

⁴ Bisky, Lothar; Ernst, Klaus; Gysi, Gregor; Kipping, Katja; Lafontaine, Oskar; Weck, Felicitas: Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, 2.6.2006

2. Die Linkspartei im Parteiensystem

Trotz aller Modifikationen im Parteiensystem der Bundesrepublik bestehen zentrale Funktionen aller Parteien darin, Interessen zu artikulieren, sie in politische Macht umzusetzen und zugleich ihre Anhängerinnen und Anhänger in die Gesellschaft zu integrieren. In der internationalen Parteienforschung wird davon ausgegangen, dass mit der Repräsentationsfunktion automatisch ein Zusammenhang zur Integrationsfunktion hergestellt ist.

Die Parteien haben die Aufgabe, spezifische Interessen und Zielvorstellungen zu vertreten und an der innergesellschaftlichen Konfliktaustragung teilzunehmen. Insofern stehen die Parteien für gesellschaftliche Konflikte und ihre Umsetzung in politische Konzepte. Die in der Gesellschaft vorherrschenden Konfliktlinien (Cleavages) geben den Raum vor, in dem Parteien ihren Wirkungsbereich festlegen und ihre Identität bestimmen.

Die zentralen inhaltlichen Konfliktdimensionen charakterisieren den Parteienwettbewerb und insofern auch die Rolle des neuen linken Parteiprojekts. Auch wenn in der Parteienforschung leicht divergierende Konfliktlinien ausgemacht werden, kann davon ausgegangen werden, dass es sich in der Bundesrepublik dabei gegenwärtig um „(1) eine sozio-ökonomische Konfliktdimension zwischen der Betonung des Primats der Politik auf der einen und des Primats der Ökonomie auf der anderen Seite und (2) eine politisch-kulturelle Konfliktdimension zwischen liberalen und autoritären Wertvorstellungen“⁵ handelt.

Die sozio-ökonomische Konfliktdimension entwickelte sich in Gestalt des Sozialstaatskonflikts und nahm seit den 90er Jahren an Intensität stark zu. Niedermayer geht davon aus, dass CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bislang Festlegungsprobleme im Sozialstaatskonflikt hätten und die eindeutigste Verortung Linkspartei und FDP aufwiesen, die sich auf der sozialstaatlichen Konfliktlinie als die beiden ‚Polparteien‘ positioniert haben.⁶

Unklarer sei für die Linke hingegen die Verortung auf der politisch-kulturellen Konfliktdimension. Die widersprüchlichen Signale im Bundestagswahlkampf und die entsprechenden Reaktionen werden genauso problematisiert wie die Haltung gegenüber dem potenziellen Konflikt zwischen „abendländischer Kultur“ und Islam⁷.

Von der Struktur her kann das bundesdeutsche Parteiensystem als „fluides Fünfparteiensystem“⁸ bezeichnet werden. Den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD wird genauso wie FDP, Grünen und Linkspartei auf absehbare Zeit eine parlamentarische Existenz zugesprochen. Bei der Linkspartei besteht jedoch als Unsicherheitsfaktor die Realisierung des Zusammenschlusses mit der WASG. Fluides wird das System aufgrund seiner offenen Wettbewerbssituation im Gegensatz zu dem starren System der 60er, 70er und gewissermaßen auch noch 80er Jahre bezeichnet. Die Fragmentierung hat zugenommen, die traditionelle Asymmetrie zwischen SPD und CDU existiert nicht mehr und zwischen den drei kleineren Parteien ist die Frage nicht entschieden, wer die dritte Kraft im Parteiensystem wird.

⁵ Niedermayer 2006, S. 106; Michael Chrapa hatte drei zentrale Konfliktlinien für die PDS definiert: a) Soziale Exklusion vs. soziale Inklusion (soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Arbeit) b) Antidemokratisch-hierarchische Tendenzen vs. demokratisch-selbstbestimmte Partizipation der Bürger sowie c) Kriegerische/Gewaltorientierte vs. friedliche Konfliktlösungsmechanismen, vgl. Chrapa 2003b S. 134

⁶ vgl. ebd., S. 108

⁷ Die zunehmende reale bzw. empfundene Bedrohung aufgrund außenpolitischer Ereignisse und islamistisch-fundamentalistischer Terroranschläge führt zu einer drastischen Veränderung der Sicherheitsbedürfnisse in der Bevölkerung. Zu beachten wäre in diesem Zusammenhang die Zunahme eines auf autoritäre Muster zurückgreifenden Politikstils und Staatshandelns

⁸ vgl. Niedermayer 2006, S. 102 f.

Wie bereits die Bundestagswahl 2005 gezeigt hat, ergeben sich äußerst komplizierte Bedingungen zur Regierungsbildung jenseits der Großen Koalition. Hier steht die Frage, wie sich die Segmentierung des Parteiensystems entwickelt, also die Frage, ob es Abschottungen zwischen den Parteien gibt oder ob sie prinzipiell untereinander koalitionsfähig sind. Neben dem Verhältnis zwischen CDU/CSU und Grünen, das hier nicht relevant ist, stellt sich die Frage gleichfalls zwischen SPD, Grünen und Linkspartei. In der Parteienforschung wird die Frage gestellt, ob die Segmentierung zwischen den drei Parteien überwunden werden kann bzw. welche Hindernisse im Weg stehen.⁹ Die neue Linke muss sich die Frage nach den Bedingungen ihres politischen Wirkens anhand einiger wesentlicher strategischer Grundfragen stellen. Sinnvoll ist es dabei, nicht nur das Selbstbild zu beachten, sondern auch die Fremdwahrnehmung: Ist sie gegenwärtig auf der Bundesebene Teil der prinzipiell miteinander koalitionsfähigen Parteien? Wäre sie kooperationsfähig und -willig?

Dieser Arbeit liegt das Verständnis zugrunde, dass politischem Handeln stets ein allgemeiner, sich um die Verfasstheit und Zukunft des Gemeinwesens kümmernder Zug innewohnt. Parteien setzen sich für Interessen ein, indem sie sich an der innergesellschaftlichen Konfliktaustragung beteiligen und dabei versuchen, Mehrheiten für ihre Positionen zu gewinnen. Das heißt nicht nur, dass sie Zustimmung bei Wahlen organisieren müssen, sondern auch in die Öffentlichkeit wirken und Veränderungsprozesse zu gestalten haben.

Einzugehen ist auf die Frage, welche Funktionen die Linkspartei.PDS ausfüllt. Bislang war sie im Verständnis ihrer Mitglieder eine weltanschauliche und auch vom offiziellen Selbstbild eine Theorie- und eine Programmpartei. Die Partei wandelte sich von der Staatspartei SED schrittweise zu einem Sammelbecken der Vereinigungsgegner hin zu einer Interessenpartei des Ostens, die „auch – nicht zuletzt wegen ihrer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit – zu einem bedeutsamen Faktor im politischen System der Bundesrepublik“¹⁰ wurde. Die Ausfüllung der gesellschaftlichen Integrationsfunktion (s. o.) ist, wie hier konkret zu sehen ist, unabhängig vom eventuell differierenden Selbstbild.

Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1998 stand die PDS vor der Aufgabe „den Wandel von einer Ostpartei zu einer gesamtdeutschen (sozialistischen) Partei – zunächst in programmatischer und politischer, dann aber auch in regionaler Hinsicht (Westausdehnung)“¹¹ zu bewerkstelligen. Der Platz, den die SPD mit ihrer Politik der „Neuen Mitte“ freiwillig geräumt hatte, sollte besetzt werden. Bezogen auf die Bundestagswahl 1998 und tendenziell auch auf die ostdeutschen Landtagswahlen, stellten sich aus Sicht der PDS Erfolge ein, die für diese „Vakuum-These“ sprachen¹².

Die Linkspartei.PDS ist keine Anti-Parteienpartei bzw. reine Protestpartei. Dies trifft weder vom Selbstbild noch von ihrer Herkunft und Geschichte zu¹³. Es wäre riskant, wenn sie sich aufgrund aktueller Gegebenheiten in der Rolle einer Protestpartei gefallen würde, selbst wenn dies kurzfristig weitere Zustimmung bei denjenigen generieren könnte, die sich selbst als sozial vernachlässigt wahrnehmen. Dabei stünde das Motiv, auf die eigene Lage aufmerksam zu machen, und Protest im Vordergrund – nicht jedoch das Interesse an konkreten Problemlösungen.

„Die PDS ist auch insofern nichts anderes als eine ‚normale‘ Partei, ..., als sie sich an die in den etablierten Institutionen geltenden Spielregeln – begrenzte Regelverletzung inklusive – halten muss. Sie wird immer auch die Kommunikation mit den Bewegungen darüber suchen müssen,

⁹ Niedermayer geht aufgrund seines Forschungsprojekts „Bürger und Parteien“ davon aus, dass „zwar die Wählerschaft der Linkspartei ... einer solchen Option nicht wirklich ablehnend gegenübersteht, bei den Grünen- und insbesondere den SPD-Wählern aber deutliche Aversionen gegenüber Linkspartei.PDS bestehen ...“, zit. ebd. S. 109

¹⁰ Neugebauer/Stöss, 2002, S. 89

¹¹ ebd.

¹² ebd., S. 61

¹³ Für die 90er Jahre ist belegt, dass eine reine Anti-Parteienhaltung auch bei den Wählerinnen und Wählern der PDS keine Bedeutung hatte. vgl. Neu 2004, S. 123

dass es im institutionellen Raum fast immer um Kompromisse geht, manchmal auch um faule Kompromisse. Sie muss trotzdem Wege finden müssen, glaubhaft machen zu können, dass sie am Ziel der weitreichenden Veränderung festhält. Aber sie kann sich nicht aus dieser Schwierigkeit heraussetzen, auch nicht, indem sie der Fiktion einer reinen *Anti-Establishment-Partei* nachrennt.

Die PDS kann sich auch nicht darauf reduzieren, den vorhandenen Stimmungen des Protests nur eine politische Stimme verleihen zu wollen. Die Erarbeitung und Popularisierung von Konzepten, wie wir die durch den neoliberalen Kapitalismus verursachten Probleme und Krisen lösen wollen, ist unumgänglich. Sie ist unumgänglich, weil wir nur so breitere soziale Kreise ansprechen müssen und der tief sitzenden Verunsicherung, ob überhaupt grundlegendere Veränderungen möglich sind, begegnen können.¹⁴

Jede Partei muss einen Gebrauchswert entwickeln, der ihr von Unterstützern und Wählerinnen und Wählern zugeschrieben wird. Die in der Realität mit Leben erfüllte Losung „Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag“ sicherte der PDS ihr Überleben in der Bundesrepublik nach 1990. Auch bei den Hartz-IV-Protesten wurde dafür der Begriff der „Kümmerer-Partei“ geprägt. Letztendlich betrifft dies auch die Frage, welcher Politikstil der Partei zugeordnet wird. In Umfragen erwarten Zweidrittel der Wählerinnen und Wähler einen in der Sache harten, aber konsensorientierten Politikstil, kombiniert mit mehr direkter Bürgerbeteiligung und größerem Einfluß außerparlamentarischer Kräfte. Anstatt eines kooperativen, pflegt die Linke eher einen konfrontativen Politikstil. Wie kann sie dabei den an Lösungen interessierten Wählerinnen, Wählern und Akteuren gerecht werden? Wie kann sie stärker ihren Gebrauchswert bei der Durchsetzung der gemeinsamen Ziele zur Geltung bringen?

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass der klassischen Parteienforschung zufolge alle Parteien vordringlich zwei Herausforderungen zu erfüllen haben: die Bewahrung und Stärkung der Organisation und die Erringung von Wahlerfolgen. Diese Herausforderungen stehen auch vor der sich transformierenden Linken. Neugebauer und Stöss leiten den Schluss ab, die Parteiführung müsste dafür sorgen, dass „die Partei möglichst einheitlich und geschlossen auftritt und sich ihrer (Wähler-)umwelt optimal anpasst.“¹⁵ Diese Vorgaben scheinen in einer offenen, pluralen Strömungspartei nicht erfüllbar zu sein. Einige der sich aus dem entstehenden Widerspruch entstehenden Fragen werden im Folgenden betrachtet.

¹⁴ Schäfer, 2002, S. 1095

¹⁵ Neugebauer/Stöss 1996, S. 28

3. Grundfragen der Strategieentwicklung

In den Eckpunkten heißt es treffend, die „Kernaufgabe der Linken besteht in der Veränderung gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse, um eine linke, demokratische und sozial ausgerichtete Politik und eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft durchsetzen zu können.“¹⁶ Veränderung, gar die Umgestaltung setzt die Frage nach alternativen Entwicklungswegen zu denen voraus, die die neoliberale Hegemonie als einzig gangbare empfehlen will. Dabei spielen nicht nur die programmatischen Grundfragen und die Themen ihrer konkreten Politik eine herausragende Rolle. In einer Auswahl werden Grundfragen der Strategieentwicklung vorgestellt. Insbesondere die Rolle der neugeformierten linken Partei im Verhältnis zu sozialen Bewegungen, Fragen von Regierungsbeteiligungen und Re-Parlamentarisierung. Gegenentwürfe zur neoliberalen Hegemonie werfen die Frage nach der Breite des von den Neoliberalen geführten Blocks, neuen Herausforderungen in der Gesellschaft sowie zum Umgang mit der Sozialdemokratie auf. Abschließend werden Potenziale der Linkspartei näher untersucht. Politikfähigkeit der neuen Linkspartei, und zwar im Sinne, fähig zu sein, die inneren Widersprüche der von ihr kritisierten Zustände und Kräfte zu nutzen, um politisch erfolgreich eingreifen zu können, setzt Klärung dieser strategischen Grundfragen voraus.

3.1. Akteur im politischen System

Die Linkspartei steht nicht nur vor der Aufgabe ihre Rolle im Parteiensystem zu definieren sondern insbesondere auch ihr Verhältnis zu sozialen Bewegungen. Sie muss die Frage beantworten, ob sie eine Partei sein will, die Politik vor allem als Protest gegen alle anderen, als neoliberal charakterisierten, Parteien auffasst und sich dabei als Agentur der heterogenen Bewegungslandschaft versteht. Oder will sie eine Partei werden, die sowohl den außerparlamentarischen wie den parlamentarischen Raum als wichtige eigenständige politische Felder nutzt und dabei unabhängig von Bewegungen bleibt?

Stimmt es, dass „Bewegungen, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, nicht nur „potenzieller Partner“ oder gar ein austauschbarer Schenkel in einem „strategischen Dreieck“ sein (können) – sie müssen Dreh- und Angelpunkt jeder linken Strategie sein“¹⁷? Oder eignet sich die neugeformierte Linke die Position an, dass „Parteien nicht der parlamentarische Arm der Bewegung und Bewegungen nicht Transmissionsriemen der Partei in die Gesellschaft hinein (sind)? Parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit folgen unterschiedlichen Logiken.“¹⁸ Parteien und Bewegungen verfügen über unterschiedliche Stärken und Schwächen, teilweise ähneln sie sich und beziehen sich aufeinander. Das Verhältnis sollte eher als Parallelität und nicht als Vermischung beschrieben werden: „Wir sind uns ähnlich, aber wir bleiben verschieden.“¹⁹ Entsprechend können sie im besten Fall voneinander profitieren, müssen sich aber in ihrer jeweiligen Autonomie respektieren. Vergleichbares gilt selbstverständlich nicht nur für soziale Bewegungen, sondern auch für das Verhältnis zu den vielfältigen Verbänden bzw. verbandsnahen Institutionen, wie Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, Verbraucherschutzorganisationen, NGO's usw.

Außerparlamentarische Bewegungen spielen für die Wirkungsmöglichkeiten von Linksparteien eine erhebliche Rolle. „Die wichtigste Voraussetzung jeder selbständigen linken Politik ist die eigene gesellschaftliche Kraft, die nur aus der Gesellschaft selbst, von großen Gruppen der Bürgerinnen und Bürger her, gewonnen werden kann. Die eigentliche Macht des durch den Neoliberalismus geprägten Finanzmarkt-Kapitalismus liegt in den Machtblöcken außerhalb der

¹⁶ Gemeinsame Programmkommission 2006, S. 16

¹⁷ Buchholz 2006, S.12

¹⁸ Wahl 2006, S. 31

¹⁹ Chrapa 2002, S. 8

jeweiligen Regierungen. Gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit jenseits der Parlamente ist sine qua non jeder autonomen Politik in Parlamenten und – mehr noch – in Regierungen. Linke Parteipolitik ist auf die Handlungsfähigkeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen angewiesen. ... Eine enge Zusammenarbeit linker Parteien mit selbständigen außerparlamentarischen Kräften ist auch deshalb notwendig, um mit eigener Kraft im parlamentarischen System oder der Exekutive gestaltend wirken zu können.“²⁰

Linksparteien können – und sollten – viel von sozialen Bewegungen lernen²¹. Versuche, soziale Bewegungen zu vereinnahmen und instrumentalisieren sind, wie Henning Süssner auch anhand schwedischer Erfahrungen schreibt, eher selten erfolgreich, und insofern erscheint es ihm sinnvoller, „dass nur eine *lebendige* Partei ein natürlicher Fokus für nahstehende soziale Bewegungen werden kann.“²² Notwendig ist die ständige Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen und der nicht zu unterschätzenden Gruppe kritischer Intellektueller.

Für die Beurteilung mag auch die Kenntnisnahme der Außensicht hilfreich sein, in der die Position weit verbreitet ist, „dass emanzipatorische Politik im Parlament nicht automatisch identisch ist mit der Linkspartei. Gerade wenn man strategisch von einem gesamt-emanzipatorischen Lager und Interesse ausgeht, muss man akzeptieren, dass sowohl im außerparlamentarischen Raum die politische und thematische Vielfalt der Akteure größer ist, als dass sie von einer der bestehenden Parteien parlamentarisch reflektiert würde, noch sind emanzipatorische Positionen im Parlament exklusiv auf die Linkspartei beschränkt.“²³

Eine Orientierung auf die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen ist erforderlich, muss jedoch die stark konjunkturellen Verlaufsformen von Bewegungen einkalkulieren. Eine ehrliche Betrachtung zwingt dazu, die Mängel in der Kooperation nicht nur bei der resp. den Parteien zu suchen, sondern auch in der relativ flüssigen Bewegungslandschaft. Das Verhältnis zwischen dominierenden Teilen der sozialen Bewegungen und der Partei ist beiderseitig stark defizitär ausgeprägt.²⁴

Ihre Existenz ist auch eine Antwort auf die Krise der politischen Repräsentation, aber zugleich stark politisch konjunkturellen Zyklen unterworfen. Die Stärke von Bewegungen liegt u.a. im „Sinnerlebnis einer gemeinsamen überdurchschnittlichen Kompetenz und einer gemeinsamen Orientierung am überschaubaren, moralisch und lebenspraktisch vordringlichen politischen Einzelproblem ...“²⁵, die zu einer neuen politischen Kultur heranwächst.

Die sich neuformierende Linke sollte sich vielmehr als Partei verstehen, die Protest produktiv aufnimmt, aber den parlamentarischen Raum als politisches Aktionsfeld nutzt und Alternativen anbietet, die nicht nur für ein enges Umfeld, sondern für einen großen Teil der Bevölkerung nachvollziehbar sind. Dabei wäre es erforderlich, sich der Herausforderung zu stellen, sowohl

²⁰ Brie 2006, S.32

²¹ Vergleiche mit Attac in der Bundesrepublik bzw. der dortigen Debatte sind nur bedingt hilfreich für die Beantwortung der Frage, welches Selbstverständnis die neue Linkspartei entwickeln soll. Sie sind es nur insofern, als sie zeigen, dass es auch mit unterschiedlichen strategischen Ansätzen möglich ist, gemeinsam politisch tätig zu sein. Sie blenden jedoch aus, dass Attac eine offene, bewegungsnahe Organisation und keine Partei ist.

²² Süssner 2005, S. 168 [H.S. gehört der historischen Analysegruppe der schwedischen Linkspartei an und ist Mitarbeiter der sozialistischen Wochenzeitung *Flamman*]

²³ Wahl 2006, S. 31f. [P.W. ist Vorstandsmitglied von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung sowie Mitglied im Bundeskoordinierungskreis von Attac]

²⁴ Bei einem Vergleich mit dem *Partito della Rifondazione Comunista*, PRC, in Italien fällt auf, dass der PRC „als solcher“ in allen maßgeblichen Bewegungen eine aktive Rolle spielte und akzeptiert ist. Und dies, obwohl er sich erst Anfang dieses Jahrzehnts von der Vorstellung verabschiedete, dass die Partei gegenüber Bewegungen eine führende, hegemoniale Rolle spielen müsse. vgl. Porcaro 2003, S. 15ff.

²⁵ Wehner 1997, S.257; Wehner sieht im ‚politischen Generalismus‘ der Parteien „die eigentliche, Ermüdung auslösende Krankheit der Demokratie“. Unabhängig davon, ob die Position in dieser Absolutheit geteilt wird, könnte hier ein Argument für die Notwendigkeit der Konzentration der neuen Partei auf einige zentrale politische Projekte einerseits, die Stärkung von Facharbeitsgemeinschaften zur Einbeziehung von Mitgliedern andererseits liegen.

berechtigten Protest und klare Opposition zu praktizieren, als auch sozial kompetente, gestalterische Optionen zu entwickeln.

Eine alleinige Fokussierung auf die parlamentarische Arbeit wäre wenig sinnvoll. Eine linke Mitgliedspartei sollte es als „eine ihrer herausragenden strategischen Aufgaben“ sehen, „ihren Einfluss im außerparlamentarischen Raum so auszubauen, dass sie zumindest an das Niveau der anderen Parteien heranreicht.“²⁶ Harald Werner beschreibt das Verhältnis zwischen den beiden Räumen als ein in der Linkspartei.PDS oftmals zu Ungunsten des außerparlamentarischen Handelns asymmetrisches. Hier wäre ein stärkerer Ausgleich notwendig, um dem bisherigen Ansatz der Linkspartei.PDS, dass „Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck“²⁷ bilden, zur tragfähigen strategischen Grundkonzeption der sich formierenden Partei zu entwickeln.

Linkspartei.PDS und WASG ist es bei der Bundestagswahl gelungen, die sich bietenden Gelegenheitsstrukturen²⁸ zu nutzen. Die Proteststimmung gegen soziale Verschlechterungen, verdichtet in der Agenda 2010 und Hartz IV, wurde aufgefangen und in Stimmen umgesetzt. Es bleibt ihr Problem, dass sich die konkreten und programmatischen Vorschläge über eine reine Protest- und Oppositionsposition – zumal gegenüber einer großen Koalition – nur in sehr geringem Maße umsetzen lassen. Der Protest ist sinnvoll und notwendig, um Druck auf Regierung und Mehrheitsparteien auszuüben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Wählerinnen und Wähler auch eine reale Veränderung – zumindest aber keine ständige Verschlechterung – ihrer Lage erreichen wollen. Dafür bräuchte es jedoch grundsätzliche und weitergehende Veränderungen, als unter den heutigen Kräfte- und Machtkonstellationen möglich scheint.

„Die paradoxe Grundsituation, dass in der neoliberal dominierten öffentlichen Auseinandersetzung Arbeitslosigkeit und Armut nur als Beweis für die Notwendigkeit weiterer Sozialdemontage und Entgarantierung von Lebensansprüchen gelten, bringt die Linke in die Lage, dass sie mit einer *isolierten* Strategie der sozialen Skandalierung keine Ausstrahlung gewinnen kann. Sozialer Protest *allein* läuft ins Leere. Die Linke hat jedoch keine Alternative dazu, die sozialen Missstände zum *Ausgangspunkt* ihrer politischen Interventionen zu nehmen. Sie kann und darf in der öffentlichen Auseinandersetzung das Feld von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit nicht aufgeben, da hier ihre innerste Stärke und ihr wichtigster Zugang liegen. Das Erheben sozialer Forderungen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit wird dafür nicht ausreichen, da sozialpolitische Kompetenz im allgemeinen Bewusstsein auch an Fragen von Finanzierbarkeit und ‚Wirtschaftsverträglichkeit‘ gebunden ist. Wo die Linke sich darauf einlässt, läuft sie Gefahr, selbst als neoliberal angekränkt abgelehnt zu werden. Eine schlichte Wiedervorlage früherer Gestaltungskonzepte droht dagegen in der breiten Bevölkerung nicht nur als unrealistisch, sondern auch als Verharren in paternalistischen, bevormundenden Sozialstaatskonzepten zurückgewiesen zu werden.“²⁹

Es müsste also perspektivisch darum gehen, nicht nur „Schlimmeres“ zu verhindern, sondern darüber hinaus neue Spielräume zu gewinnen, die sowohl die reale Lage der Menschen zu verbessern helfen, als auch die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu ihren Gunsten zu verändern. Dabei muss die Linke überall lernen – nicht nur dort, wo sie in Kommunen oder Ländern mitregiert – Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen, an sich berechtigten Interessen³⁰ zur Kenntnis zu nehmen und sie zu lösen versuchen, anstatt sie zu ignorieren.

²⁶ Werner 2006, S.52

²⁷ „Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! – Als sozialistische PDS Partei 2006 in den deutschen Bundestag“, Beschluß der 1. Tagung des 9. Parteitages - 30./31.10.2004

²⁸ vgl. Rilling/Spehr 2005; Backes 2006, S.173 ff.

²⁹ Rilling/Spehr, 2005, S. 3

³⁰ Unabhängig davon, ob die zitierte Sichtweise geteilt wird, wird deutlich, was unter Zielkonflikten verstanden wird und wie komplex der Umgang mit existierenden Zielkonflikten ist: „Der Erhalt und die Sicherung öffentlicher Unternehmen ist ein wesentliches Ziel sozialistischer Stadtpolitik. Hier kommt es auch zu Zielkonflikten: zwischen Haushaltsnotlage und erforderlichen Investitionen/Entschuldungen (Bsp. Vivantes), zwischen der Bereitstellung

Das Thema Regierungsbeteiligungen ist sicherlich eines der umstrittensten innerhalb der sich neuformierenden Linken. Dies war bereits innerhalb der PDS so – insbesondere im Westen. Dies ist aber mit Sicherheit auch in der WASG so, ist ihre Gründung schließlich auch Ausdruck des Protests gegen die rot-grüne Bundesregierung und der Tatsache, dass die Gründer auch mit der PDS nicht konnten. Hier wird auf absehbare Zeit eine Differenz im Herangehen bleiben, die stark von politischen und kulturellen Unterschieden zwischen Ost und West geprägt ist. „Die PDS im Osten hat eine lange Tradition hinsichtlich der Debatte über das Mitregieren. Und im Osten hat die PDS gute Erfahrungen mit Regierungsbeteiligungen gemacht – siehe Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin weiterhin für solche Beteiligungen, wenn die Chance besteht, etwas zum Positiven zu verändern. Eine Partei, die nur sagt, was sie nicht will, ist in der Politik genauso fehl am Platz wie eine Partei, die zwar sagt, was sie will, aber das nicht durchsetzen kann, weil sie ja nicht mitregieren will.“³¹

Die Linkspartei steht vor der Aufgabe – wie überall auch hier aufgrund konkreter Bedingungen – nicht nur in den Kommunen, sondern auch auf Länderebene für parlamentarische Mehrheitsverhältnisse zu kämpfen, die die Teilnahme an Länderregierungen ermöglicht. Die Probleme, genannt sei nur die eigene Logik des Regierungshandelns, die finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte, die neoliberale Hegemonie u.a.m. sind ausführlich beschrieben worden³² und dürfen nicht negiert werden. Hingewiesen werden soll allerdings schon darauf, dass die oftmals grundsätzlich negative Haltung in der Westlinken auch Ausdruck ihrer – nicht nur parlamentarischen – Schwäche ist. Denn die Frage von Regierungsbeteiligungen in den ostdeutschen Bundesländern oder selbst auf kommunaler Ebene wird überhaupt erst möglich vor dem Hintergrund der von der Linken erkämpften gesellschaftlichen Akzeptanz und entsprechender Wahlerfolge³³.

In Bezug auf die Regierungsbeteiligung in Berlin, der einzigen mit den westdeutschen Großstädten vergleichbaren „ostdeutschen“ Stadt, müsste auch aus westdeutscher Perspektive – nicht nur von Kommunalpolitikerinnen und -politikern – viel stärker das Interesse an einer linken, sozial gerechten Stadtpolitik stehen. Ist Berlin gewissermaßen eine „Experimentierbühne“, auf der die Linke zeigen kann und muss, wie sie soziale und Zukunftsprobleme einer Metropole lösen will? Sinnvoll wäre es, die Berliner Erfahrungen positiver wie negativer Art die verallgemeinerbar sind, viel stärker für die Entwicklung der neuen Partei auch in Städten wie Frankfurt, Dortmund, Köln oder Bremen zu nutzen.

Neben der Frage linken Handelns auf exekutiver Ebene stellt sich für eine neuformierte Linke auch ihr Verhältnis zur allgemeinen Krise von Politik und Parteien in Deutschland. Als Partei ist sie, auch wenn sie sich noch so sehr nicht zu den Verursachern zählt, von der Krise der politischen Repräsentation betroffen. Das zeigt sich u.a. auch in Umfragen, bei denen große Teile der Befragten keiner Partei eine Lösung der Probleme zutraut. Dies gilt auch für die Anhängerinnen und Anhänger der Linken, die eben auch „ihrer“ Partei keine Lösungskompetenz bzw. -

eines möglichst breiten Angebotes, der Sicherung von Arbeitsplätzen für alle und den Interessen der Beschäftigten an steigenden statt sinkender Einkommen (Bsp. BVG), Erhalt des Unternehmens um den Preis des Teilverkaufs seiner Substanz (Bsp. Wohnungsbaugesellschaften). Diese Zielkonflikte müssen aufgelöst werden, sonst sind die öffentlichen Unternehmen mittel- und langfristige nicht zu halten, sondern werden bei nächster Gelegenheit als hoffnungslos marode zerschlagen und verkauft. Notlagenverkäufe zur Sicherung strategischer Handlungsfähigkeit sind schmerzlich, aber Folge des Bemühens um eine Stabilisierung der Stadt, nicht Ausdruck neoliberaler Gesinnung.“ Lederer, Klaus: 10 Thesen zu Öffentliche Landesunternehmen & Privatisierung (Ms.), o.O./o.J. (2005)

³¹ „Merkel ist die beste Sozialdemokratin ...“, in: Wirtschaft & Markt, v. 20.7.2006, Interview mit Lothar Bisky

³² Als kleine Auswahl: Reißig, Rolf: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin 2005; Felfe, Edeltraut, Kischel, Erwin, Kroh, Peter (Hg.): Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz 2005; Brie, Michael: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? (Ms.), Berlin, März 2006; Michael Jäger: „Politik der begrenzten Möglichkeiten“, in: Freitag v, 28.4.2006

³³ Vgl. Werner 2006, S. 46

kraft zubilligen³⁴. Die vorhandene Wut auf „die Politik“ führt aber auch deshalb nicht automatisch zu einem Schwenk nach links, weil der Graben zwischen Benachteiligten und staatlichen, aber auch politischen Institution, viel zu tief ist. Eher korrespondiert sie mit einer wachsenden Abkehr vom System der parlamentarischen Demokratie. Hierfür tragen auch die Oppositionsparteien Verantwortung.

Es stellt sich die Frage, wie die Linke auf die von den meisten linken Akteuren geteilten Feststellungen, dass zentrale Entscheidungen in unserer Gesellschaft außerhalb von Parlamenten und Regierungen getroffen werden, dass sinnentleerer Pragmatismus der Regierenden sich an so genannten „Sachzwängen“ orientiert und damit eine Entwertung von Parlament und Parteien, letztendlich aber auch demokratischer Teilhabe generell einhergeht, reagiert. „Um so mehr müsste das Parlament die Arena der großen politischen Diskussionen und auch der Ort zentraler politischer Entscheidungen sein. ... Sonst werden irgendwann durchaus nicht nur die Verdrossenen und Frustrierten am Rand, sondern auch kluge, reflexive und partizipationsorientierte Menschen in der Mitte der Republik fragen, wozu man das Parlament denn eigentlich noch brauche.“³⁵ Bestände nicht ein zentrales Projekt der sich demokratisch verstehenden neuen Linkspartei darin, sich für eine Re-Parlamentarisierung einzusetzen? Das wäre ein wichtiger Schritt zur Wiedergewinnung demokratischer Diskussions- und Entscheidungskompetenz.

Die Linke sollte sich für die Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit des demokratischen Systems und gegen die scheinbare Allmacht des Kapitals einsetzen. Sie sollte sich – von der Kommune bis zum Europaparlament – für die Entscheidungs- und Verteilungskompetenzen der Parlamente einsetzen. Diese Re-Parlamentarisierung würde nicht im Widerspruch zur erforderlichen Verknüpfung repräsentativer parlamentarischer Demokratie³⁶ mit Formen direkter Demokratie sowie einer längerfristigen Entwicklung von Wirtschafts- und Geschlechterdemokratie stehen, sondern in ihrer Ergänzung.

Auf keinen Fall reicht die untaugliche Manier, das Parlament lediglich als Tribüne der Agitation zu betrachten. Hingegen sollte die – wohlmeinende – Kritik an der Bundestagsfraktion, dass eigene Gesetzesvorlagen besser zeigen würden, dass es auch in dieser Gesellschaft anders ginge und insofern eine „thematische Vertiefung zu mehr Wählerstimmen führen (muss), damit die Koalition unter äußeren Druck gerät und Teile von ihr zu neuen internen Debatten bereit werden“³⁷, genauer geprüft werden.

Wenn die Linke in Deutschland, aber sicherlich im Kontext der Bemühungen der europäischen Linken, sich nicht nur mit ihrer Rolle als Protestpartei am Rande des politischen Spektrums abfinden will, dann muss sie ernsthaft um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen und sie muss vor allem darum kämpfen, dass diese Mehrheit Träger eines neuen produktiven gesellschaftlichen Projektes wird. „Grundzüge eines solchen Projekts wären die emanzipative und solidarische Verbindung der Interessen der mittleren und unteren Klassen und Gruppen der Gesellschaft, die Aussicht auf neue attraktivere Lebensperspektiven in der Einheit von mehr Selbstbestimmung und mehr sozialer Sicherheit sowie eine höhere Produktivität nicht zuletzt im Sinne von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.“³⁸

³⁴ Deutschland im Infratest-Sommer-Trend (August 2006): Auf die Antwortmöglichkeit „Egal, welche Partei regiert, es ändert sich ja doch nichts.“ antworten insgesamt 47% mit ja, 65% der Anhänger der Linken; „Die Probleme sind in Deutschland so groß, dass ich keiner Partei vertraue, sie zu lösen“ stimmen 61% bzw. 76% der Anhänger der Linken zu.

³⁵ Walter 2005, S. 4

³⁶ Hinzu käme u.U. die Notwendigkeit ein reines Mehrheitswahlrecht abzuwehren, das als Ausweg auf Schwierigkeiten der Koalitionsbildung im Fünf-Parteien-System gefordert werden könnte. „Dieses bringt mit großer Wahrscheinlichkeit eine Alleinregierung der Union oder der SPD hervor. Die Einführung eines solchen Wahlsystems gälte zwar als manipulativer Akt gegenüber den kleineren Parteien, doch wäre sie unter bestimmten Umständen geboten (z.B. durch die permanente Politikblockade einer weder koalitionswilligen noch koalitionsfähigen Partei.)“, zit. Jesse 2006, S. 41.

³⁷ Michael Jäger „Dicke Bretter. Arbeit der Linksfraktion“, in: Freitag v. 30.06.2006

³⁸ Brie 2005

Auch bei der Entwicklung dieses neuen produktiven gesellschaftlichen Projektes steht die Aufgabe, sich entwickelnde Widersprüche in öffentlicher und politischer Debatte zu nutzen. Diese, zwar noch zaghaften, aber sich entwickelnden Krisenerscheinungen und Risse der neoliberalen Hegemonie in Europa³⁹ müssen ernst genommen werden. Mit substanziellen Beiträgen sollte die Linke ihrem Ziel näher kommen, die neoliberale Hegemonie zu überwinden und ihr eigenes Projekt in der Gesellschaft hegemoniefähig zu machen.

3.2. Aufbrechen neoliberaler Hegemonie⁴⁰

Zur Entwicklung einer erfolgreichen Reformstrategie ist es notwendig, sich über die gesellschaftliche Breite des von den Neoliberalen geführten Blocks sozialer Kräfte im Klaren zu sein. Die Ideen des Neoliberalismus als alleinige Vorstellungen der Wirtschaftselite oder der vermögenden Klassen misszuverstehen⁴¹, würde sich bitter rächen. „Manche Menschen ziehen sich sehr gut aus der Affäre und machen das Beste aus dem Spiel. Sie maximieren ihre Chancen und entwickeln Initiativen, sie können sich von den belastenden Zwängen befreit fühlen, die Bestandteil der tayloristischen Arbeitsorganisation waren. Das sind die Gewinner dieser Transformation, und es ist besonders dieser Erfolgstypus, auf den sich die neoliberale Offensive stützt.“⁴² Die neoliberalen Verhältnisse wirken durchaus widersprüchlich. So sei an die Aussage Frigga Haugs erinnert, dass Frauen einerseits verlieren (prekäre Arbeitsverhältnisse, Renten), „gleichzeitig könne der Neoliberalismus auch durch die Erfüllung feministischer Forderungen ‚gedeihen‘.“⁴³ Neben diesen von Robert Castel bzw. Frigga Haug formulierten Aspekten muss ein weiterer hinzugedacht werden.

Das Einverständnis der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, aber auch der der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen mit den gegenwärtigen „Herrschaftsverhältnissen gründet sich heute bei vielen auf ein Bewusstsein der Alternativlosigkeit ... Es handelt sich um keine bloße Gewöhnung oder Resignation gegenüber den Herrschaftsverhältnissen, es muss vielmehr von einem Paradigmenwechsel im Alltagsbewusstsein gesprochen werden, weil die Betroffenen die Verhältnisse nicht nur erleiden, sondern sowohl als Interessenvertreter als auch als Individuen aktiv an ihrer Umgestaltung beteiligt sind.“⁴⁴

Im bundesdeutschen Parteienwettbewerb ist diejenige Partei, die z. Z. am stärksten die Vorteile eines Neoliberalen Systems zu formulieren versteht, die FDP. Ihre Politik der marktradikalen Reformen, des „Durchregierens“ ohne langatmige, demokratische Aushandlungsprozesse findet wachsenden Anklang bei einer sich als besonders mobil, dynamisch und wirtschaftlich erfolgreich verstehenden, oftmals jungen Generation von Beschäftigten und Selbständigen.

Es gibt keinen Grund für die Linke, daran zu zweifeln, dass es sachlich begründbare Alternativen zur dominierenden Politik gibt. Sie ist auch programmatisch in der Lage die gesellschaftli-

³⁹ Sie wären genauer zu bestimmen. Die Bandbreite kann nur angedeutet werden. Sie zieht sich von den mehrheitlichen Ablehnungen der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, der stimmungsmäßigen Abkehr der Mehrheit der Bevölkerung von der Großen Koalition bis zu den aktuellen Äußerungen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Rüttgers, dass Unternehmenssteuersenkungen zu mehr Arbeitsplätzen führten, die ‚Lebenslüge der CDU‘ sei.

⁴⁰ Zum Begriff der Hegemonie siehe: Haug 2004, S. 2 ff.

⁴¹ siehe hierzu: „Bei der Durchsetzung dieser ineinander verzahnten Konzepte einer weltweiten Rekonstruktion ... formierte sich eine neue Weltelite aggressiver Konzernmanager (vom Typ Bill Gates), Fondskapitalisten (ihr Archetyp war George Soros ...), neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler (aus dem Netzwerk der Mont Pèlerin Society), Medienzaren und Politiker (wobei Silvio Berlusconi die bisherige Arbeitsteilung zwischen Politik und Fernsehen exemplarisch aufhob).“ Roth 2005, S. 18 f.

⁴² Castel, Robert: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz 2001, zit. nach: Bischoff 2002, S. 104 f.

⁴³ zit. nach: Eva Schäfer: „Neue Chancen - alte Kämpfe. Geschlechterverhältnisse in den Debatten der Linken“, in: Brangsch 2006, S. 61

⁴⁴ Werner 2006, S. 43; Hier auch eine ausführlichere Darstellung der gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie dem strukturellen Wandel der Öffentlichkeit

chen Verhältnisse, Fragen der Kapitalverwertung und des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes als Ursache sozialer Spaltungen zu kritisieren. Das ist nicht nur sinnvoll, es macht die Linke auch von den anderen Parteien unterscheidbar. Auch Lothar Bisky stellt die Frage nach den „neuen Herausforderungen in der Gesellschaft, die neue Antworten auch von den Linken verlangen“⁴⁵ in den Mittelpunkt der notwendigen programmatischen Debatte.

An dieser Position anknüpfend, bezweifelt Horst Dietzel allerdings, ob es „richtig und sinnvoll ist, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie würden die Zwänge der Globalisierung, den demografischen Faktor und den Hinweis auf andere Herausforderungen nur benutzen, um ihre neoliberale Politik zu begründen, wie das oftmals geschieht. Bei einer solchen Konstellation kann die Linke nicht gewinnen. Sie bleibt in der Defensive, wenn sie nicht die Herausforderungen selbst ernst nimmt und sie zum Ausgangspunkt ihrer politischen Konzepte und programmatischen Überlegungen macht.“⁴⁶

Die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere unter Einschluss neuer Bedingungen wie Globalisierung, Demographischer Wandel, Außen- und Sicherheitspolitik usw., ist für die Ausbildung linker Politik von großer Bedeutung. „Wie die ausfällt, ist mit entscheidend dafür, ob sich die Linke im Parteibildungsprozess zu einer fundamentaloppositionellen Kraft entwickelt, die vorrangig auf Populismus setzt, oder eine Kraft wird, die für breite Bevölkerungsschichten nachvollziehbare politische Alternativen entwickelt, um tatsächlich Veränderungen durchzusetzen.“⁴⁷

Die sich transformierende Linke darf gleichfalls nicht den Fehler machen, den „postmodernen Unernst der Kulturlinken und ihrer Ferne zu den Ausdrucksformen und Sicherheitsbedürfnissen der kleinen Leute“⁴⁸ zu übernehmen, sondern sich weiterhin – wie in den neunziger Jahren intensiv in den neuen Bundesländern geschehen – auch den Alltagsorgen und alltäglichen Nöten der Menschen widmen. Die Politik der Linkspartei muss dazu dienen, die gesellschaftlichen Verhältnisse für sozial Benachteiligte zu verändern.

Die Linke müsste, um die neoliberale Ideologie zurückzudrängen, die Fähigkeit entwickeln, die entscheidenden gesellschaftlichen Problemlagen zu bestimmen, sie in der öffentlichen Debatte zu dominieren und Zustimmung zu ihrem hegemonialen Entwurf zu erzielen. Hiervon ist sie, nüchtern betrachtet, noch weit entfernt. Eine der konstituierenden Grundannahmen der Linken ist allerdings, dass gesellschaftliche Entwicklungen offen sind, und dass sie von Menschen gemacht werden. Dieses *Aufbrechen* und *Überwinden* gleicht einem transformatorischen Prozess für ein neues gesellschaftliches Projekt. Es folgt keinem vorab festgelegten Geschichtsplan und auch nicht in erster Linie dem alleinigen Handeln der neuen Linken Partei. Es geht um die Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der Gesellschaft. Dafür werden Mehrheiten sozialer, politischer, kultureller, individueller Kräfte benötigt, die hinter diesem Projekt stehen. „Die entscheidende machtpolitische Leistung einer modernen Linkspartei ist es, beizutragen zur *Verschiebung von Kräfteverhältnissen und zur Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten* für soziale Gruppen, Kräfte und Individuen.“⁴⁹

Eine besondere Schwierigkeit des linken Projekts besteht darin, dass es auch in der Gesellschaft selbst, zumindest in wesentlichen Teilen, eine erheblich intensivere Debatte um neue Lösungsvarianten und Wege jenseits des neoliberalen Denkhorizonts geben müsste. Die Fragen nach einer „bürgergesellschaftlichen Demokratie, einer emanzipatorischen Neugestaltung sozialen Zusammenhalts und sozialer Solidarität, einer europäisierten und internationalisierten Gesellschaft und Wirtschaft“⁵⁰ bleiben bislang unzureichend diskutiert. Die Linke hätte genauer

⁴⁵ Bisky 2006, S.1

⁴⁶ Dietzel 2006, S. 20

⁴⁷ ebd., S.21

⁴⁸ Mathias Greffrath, „Was heißt links?“, in: Die Zeit Nr. 29 v. 14.7.2005

⁴⁹ Spehr 2005, S. 6

⁵⁰ Brie, A. 2005, S. 61

zu bestimmen, inwieweit Akteure dieser Debatten, beispielsweise in sozialen Bewegungen und unter kritischen Intellektuellen, existieren und inwieweit eine eigenständige Beteiligung an gegenwärtigen Diskursen möglich ist.

3.3. Schwieriger Umgang mit der SPD

Ein offenes Problemfeld – und teilweise wesentlicher Differenzpunkt – ist Einschätzung und der Umgang mit der Sozialdemokratie. Differenzen in der Analyse führen automatisch zu unterschiedlichen, unter Umständen nicht vereinbaren Handlungsoptionen gegenüber der SPD. Die Frage gegenwärtiger und potenzieller Regierungskoalitionen mit der SPD bildet dabei einen gewichtigen Teilaspekt.

In Linkspartei.PDS und WASG ist die Meinung weit verbreitet, dass die Sozialdemokratie, weil sie sich zum Sozialabbau entschlossen habe, die Mehrwertsteuer erhöhen und sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligen würde, „keine linke Partei“⁵¹ sei. Dennoch – oder gerade deshalb – stellen sich Fragen nach der Binnenstruktur der SPD, insbesondere ihres Einflusses auf die Gewerkschaften und nicht zuletzt nach der Veränderbarkeit ihres gegenwärtigen Zustandes. Für „die im Entstehen begriffene neue Linkspartei (stellt) die Sozialdemokratie mit ihrem Einflussbereich ein zentrales strategisches, nicht nur taktisches Problem dar.“⁵²

Peter Brandt entwickelt die Position, dass es nicht in erster Linie von der Linkspartei abhängt, ob sich die SPD verändert. „Sie kann den innersozialdemokratischen Klärungsprozess aber erschweren, ohne letztlich davon zu profitieren, wenn sie sich auf polemische ‚Entlarvung‘ der offiziellen SPD-Linie beschränkt und in apokalyptischen Visionen schwelgt, statt sich von einer realistischen Einschätzung der drohenden Gefahren wie des in der nächsten historischen Etappe Erreichbaren leiten zu lassen.“⁵³ Die Hauptauseinandersetzungen über soziale und wirtschaftliche Entwicklungen innerhalb der SPD stünden noch bevor. „Ein solches ‚Europäisches Sozialmodell‘ ist ohne die aktive Beteiligung der sozialdemokratischen Parteien, dabei angetrieben von ihrer linkssozialistischen Konkurrenz, vor allem aber von den außerparlamentarischen sozialen Bewegungen, kaum vorstellbar.“⁵⁴

Ist die SPD als Teil des neoliberalen Blocks also auf längere Frist abgeschrieben, wie z. B. Georg Fülberth vermutet: Die SPD sei „seit Schröder weitgehend entkernt: eine Selbstermunterungspartei, durch die Spaßmacher Gabriel, Müntefering und Platzeck angemessen repräsentiert“⁵⁵? Oder besteht „die Notwendigkeit für die neue Linkspartei, eine Aufgabe zu bewältigen, die heute schwerer ist als je zuvor in den zurückliegenden Jahrzehnten: nämlich eine weit in die politische ‚Mitte‘ transformierte Sozialdemokratie für eine neue Politik sozialer Reformen zurückzugewinnen.“⁵⁶

Bei dieser Zielstellung müsste sich die Linke der gegenseitigen Unterstützung der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bedienen, die sich, wie Detje und Schmitthenner betonen, dafür einsetzen, „dass das Projekt einer solidarischen Erneuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialstaat sich auch in handlungs- und durchsetzungsfähigen Mehrheiten niederschlägt.“⁵⁷

Aus der französischen Debatte stammt der Hinweis, dass das Verhältnis zur Sozialdemokratie mit Sicherheit nicht in Form der Unterordnung bestehen darf, sondern dass die Linke eindeutig Kritik äußern und klar zu ihrem Konkurrenzanspruch zu stehen hätte. Dabei sei der Gefahr zu

⁵¹ vgl. „Angriffe auf Zivilisten sind völkerrechtswidrig“, in dradio.de, v. 20.07.2006, Interview mit Oskar Lafontaine

⁵² Brandt 2006, S. 119

⁵³ ebd., S. 129

⁵⁴ ebd., S. 130

⁵⁵ Georg Fülberth: „Das Merkelwunder. Wurde die Kanzlerin sozialdemokratisiert?“, in: Freitag Nr. 3 v. 20.1.2006

⁵⁶ Detje/Schmitthenner 2006, S. 17f.

⁵⁷ ebd., S.18

begegnen, die Gegensätze solange systematisch zu betonen, bis festgestellt wird, dass die linken Bewegungen nicht miteinander kompatibel sind. Das mag aufgrund sozialdemokratischer Politik nachvollziehbar sein, aber – so schlussfolgert Wassermann aus der Analyse der europäischen und speziell französischen Situation – „sie beinhaltet jedoch keinerlei effiziente Grundlage zur Schaffung einer Alternative.“⁵⁸ Hierfür sei die mittel- bis langfristige Zurückdrängung neoliberalen Denkens notwendig, auch in der Sozialdemokratie muss es „eingedämmt bzw. in seiner Dominanz abgeschwächt werden, denn ohne Sozialdemokratie scheint eine Regierungsperspektive, die dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt, unmöglich.“⁵⁹ Wenn dies nicht gelänge, würde die einfache Bevölkerung demobilisiert, wovon in erster Linie die Neoliberalen profitieren.

Für die gegenwärtige Debatte in der Neuen Linken bleibt die Frage, ob der verwaiste Platz der „alten SPD“ durch die neue linke Formation besetzt werden kann. Wäre dann „das Projekt ‚links von der SPD‘ letztlich in weiten Teilen die alte SPD selbst“?⁶⁰ Wie ordnen sich hier Bemerkungen ein, die neufundierte Linke könne ähnlich der SPD in der Brandt-Ära werden? Von Interesse ist dabei das Selbstverständnis der aus der SPD stammenden Mitglieder der WASG. Sehen sie sich als „wahre“ SPD, eventuell auf Grundlage des Berliner Parteiprogramms vom Dezember 1989? Insofern wäre ihre Trennung von der SPD nicht nur individueller Akt, sondern vielmehr Ausdruck der Aufspaltung des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lagers. Zu untersuchen wäre, ob die WASG schon politische Partei oder noch politische Bewegung wäre, wie Harald Pätzolt vermutet⁶¹. Und was bedeutet dies für die Mitglieder der Linkspartei.PDS, die sich als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und nicht als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten definieren?

3.4. Potenziale linker Politik

Es ist ein Gemeinplatz, dass das Potenzial der Wähler für eine Linkspartei in der Bundesrepublik deutlich größer war, als in der Zeit von 1990 bis 2004 real für die PDS gestimmt haben. In Umfragen wurde bzw. wird immer wieder festgestellt, dass etwa 15 Prozent der Menschen Wertorientierungen und politische Vorstellungen formulieren, die in der Konsequenz als linke Orientierungen interpretiert werden können. Mithin als ein linkes Wählerpotenzial⁶² dieser Größenordnung ausgemacht wird. „Doch der bei weitem größte Teil dieses Wählerpotenzials rekrutiert sich aus faktischen oder sogar erklärten Nichtwählern, die vielfach längst sozial oder kulturell ausgegrenzt sind. Eine breite, teilweise sehr grundsätzliche Unzufriedenheit geht in der Bundesrepublik Deutschland – anders als bei der Entstehung der Grünen vor 25 Jahren – mit Resignation, Passivität und dem Fehlen von Wechsel- und Aufbruchstimmung einher.“⁶³

Dem Bundestagswahlergebnis von 8,7 Prozent für Die Linke folgen seitdem die relativ konstanten Umfragewerte in einer Bandbreite von 8 bis 11 Prozent. Die Landtagswahlergebnisse im März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben allerdings wieder die sattem bekannte Ost-West-Asymmetrie als Ergebnis gezeitigt⁶⁴. In den beiden westdeutschen Bundesländern führten länderspezifische und grundsätzliche Probleme zu diesen Ergebnissen. Im Gegensatz zu bundesweiten Wahlen und Kommunalwahlen – beispielsweise zeitgleich in Hessen – wurde der Linken, die unter dem Namen WASG kandidierte, keine klare Funktion zugewiesen, zumal der Einzug in die Landtage in den vorherigen Umfragen als eher unwahr-

⁵⁸ Wassermann 2005, S.2 [G.W. ist Chefredakteur d. franz. Zeitschrift *Mouvements* u. Moderator des *Forum de la gauche citoyenne*]

⁵⁹ ebd.

⁶⁰ Scharenberg 2005, S. 905

⁶¹ vgl. Pätzolt 2006, S. 13

⁶² vgl. Chrapa/Wittich, 2001

⁶³ Brie, A. „Die Mühen der Berge. Über linke Tiefen, die PDS und die WASG“, Freitag Nr. 15 v. 15.4.2005; vgl. Brie, A., 2004, S. 1082 f.

⁶⁴ Hoff/Falkner 2006

scheinlich gesehen wurde. Eine Schwierigkeit, die im Prinzip bereits die Landtagswahlkämpfe der PDS im Westen⁶⁵ geprägt hatte, allerdings mit noch niedrigeren Resultaten.

Die Vermutung, dass die Streiks im Öffentlichen Dienst positive Auswirkungen auf die Wahlab-sichten und erreichbaren Potenziale haben könnten, lässt sich nicht belegen. Allgemein lässt sich eher eine gegenläufige Tendenz ausmachen und so schlussfolgern Bischoff und Radke: „Die Linke muss die Herausforderung bestehen, bei einem Rückgang des gesellschaftlichen Engagements und einer Schwächung der gewerkschaftlichen und sozialen Kräfte ein plausibles politisches Konzept zu entwickeln und anzubieten, das diesen Rahmenbedingungen Rechnung trägt.“⁶⁶

Festgestellt werden muss allerdings, dass auch der gegenwärtige Absturz der Vertrauenswerte für die CDU/SPD-Regierung⁶⁷ nicht automatisch zu einem signifikanten Anstieg der Umfrage-werte der Linken führt. Generell sind die Kompetenzwerte für konkrete Politikfelder⁶⁸ – nicht nur bundesweit, sondern auch in den Ländern – gering. Nur auf wenigen Feldern, insbesondere dem der Sozialen Gerechtigkeit, wird der Linken Partei von ihren Anhängerinnen und Anhängern eine höhere Kompetenz zugeschrieben als den anderen Parteien.

Es stellt sich also die Frage nach dem tragenden Potenzial der neuen Linkspartei und nach den sozialen Bündnissen, die sie eingehen will. Trotz zahlreicher sich ähnelnder Auflistungen durch Akteure der Linken selbst – es handele sich im Kern um abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Ausgegrenzte, Rentner – bleibt die Aufgabe, diese Zielgruppen präziser zu bestimmen. Zielgruppen sind hier nicht nur gemeint im Sinne wahlkampf-tauglicher Zuschreibungen, sondern im Sinne der Entwicklung langfristiger Beziehungen zu Menschen in bestimmten sozialen und kul-turellen Lagen, insbesondere zu bestimmten Akteursgruppen innerhalb dieser Zielgruppen und zu bestimmten Trägern gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die Wähler der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 reichen weit über das Stammwähler-potenzial der Linkspartei.PDS hinaus und sind von ihrer Struktur her im großen Maße Protest-wähler⁶⁹. Mit ihrer „Robin-Hood-Attitüde“ hätte die Linkspartei die „frustrierten Unterschichten“ gewinnen können, deren zukünftiges Wahlverhalten bliebe allerdings ungewiss⁷⁰. Für dieses Argument spricht, dass auch im Sommer und Herbst 2004, im Zusammenhang mit den Anti-Hartz-Protessen, „die Renaissance der PDS als Protestpartei“⁷¹ mit Spitzenwerten in allen Um-fragen⁷² stattfand, wenige Monate später war sie wieder an der 5-Prozent-Marke. Zwischen der Ablehnung sozial ungerechter Politik der Agenda-Parteien einerseits und der Zustimmung zu den inhaltlichen Alternativen eines demokratisch-sozialistischen Projektes andererseits, besteht ein enormer Unterschied.

Was mit den Zielgruppen gemeint ist, soll hier kurz skizziert werden. Drei Zielgruppen sollte sich die neue Partei konzentrierter zuwenden und – teilweise spezifische – Politikangebote entwi-ckeln bzw. vorhandene qualifizieren. Dies ist notwendig, um der Volatilität und der Männerdomi-

⁶⁵ vgl. Meuche-Mäker 2005, S. 60 ff.

⁶⁶ Bischoff/Radke 2006a

⁶⁷ Mitte Juni hatten 28 Prozent der Befragten ein *großes* oder *sehr großes* Vertrauen in die Bundesregierung, Mitte August war dieser Wert auf 17 Prozentpunkte gesunken, dagegen hatten 82 Prozent ein *geringes* oder *weniger großes* Vertrauen. siehe: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,430948,00.html>

⁶⁸ Beispielsweise wird im Deutschland-Trend von Infratest im Juli 2006, auf die Frage *Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgaben zu lösen?* der Linken von 9 % (im Osten 21 %) zugetraut *für soziale Gerechtigkeit zu sorgen*, aber nur 4 % (9 %) trauen ihr zu *Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen* und gar nur 1 % (5 %) trauen ihr *eine verlässliche Außenpolitik* zu.

⁶⁹ Franz Walter geht davon aus, dass diese Wähler schwer zu halten sein werden. Dafür sprechen ihre Volatilität, ihre Ost-West-Ungleichheit, die Männerdominanz und der hohe Anteil der Arbeitslosen als Spezifika ihres Wählerpro-fils; vgl. „Nach der Wahl - vor der Parteiformierung?“ URL: <http://www.rosalux.de/index.php?id=7208>

⁷⁰ vgl. Walter 2006, S. 27

⁷¹ „Mit Verständnis statt Konzepten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.8.2004

⁷² Es wurden die höchsten jemals für die PDS gemessenen Werte erreicht: Bundesweit 7 - 8 Prozent, bis zu 3 Pro-zent im Westen.

nanz mit ihren unkalkulierbaren Risiken zu entgehen und um nicht nur über Wählerpotenziale, sondern auch Akteurspotenziale nachzudenken. Die vorgeschlagenen Gruppen sind a) abhängig Beschäftigte/Arbeiter und Angestellte, b) die „Älteren“ - gemeint sind damit Menschen über 45 - sowie c) Frauen. Mit einer stärkeren Kompetenzentwicklung der Politikfelder soziale Sicherung für Kinder/Familien und im Alter (Rente), Gesundheit und Bildung hätte sie die Chance, nennenswerte Teile der genannten Gruppen zu erreichen. Es versteht sich, dass diese Gruppen in sich inhomogen sind und sich überschneiden. Insofern wäre ein Gewicht immer auch auf ihre gesellschaftlich aktiven Teile, auf Akteure zu legen. Schließlich geht es nicht nur um eine Orientierung auf potenzielle Wählerinnen und Wähler, sondern um langfristige Beziehungen im Rahmen außerparlamentarischer Auseinandersetzungen und auch um Fragen der Entwicklung der Parteizusammensetzung.

Bei der ersten Gruppe, den abhängig Beschäftigten, gab es eine überdurchschnittliche Akzeptanz bei der Bundestagswahl. Diese Akzeptanz wird auch in den Umfragen bestätigt. Greifen wir hier eine wesentliche Akteursgruppe heraus und betrachten insbesondere gewerkschaftliche und betriebliche Akteure und Funktionsträger. Zweifelsohne können Fortschritte bei der Gewinnung von Gewerkschaftsmitgliedern für die neue Linke, insbesondere durch die WASG festgestellt werden. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 konnte der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, die PDS bzw. Linke gewählt haben, von 4,9 auf 11,8 Prozentpunkte gesteigert werden. Im prozentualen Verhältnis zu allen Wählern stieg der Faktor von 1,23 auf 1,35⁷³ an. Im unmittelbaren Vergleich zur Sozialdemokratie muss allerdings gesehen werden, dass „die SPD bei den Bundestagswahlen nur etwa viermal so viele Stimmen wie die Linkspartei erworben, aber in den großen Sozialverbänden ist sie wahrscheinlich um den Faktor zehn stärker und in den Gewerkschaften dürfte sie die Linkspartei bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen um den Faktor 100 überbieten.“⁷⁴ Hier besteht mit Sicherheit Klärungs- und Handlungsbedarf. Eine weitere Zielgruppe, wenn auch mit starken Schnittmengen zur vorherigen, sind die so genannten „Älteren“. Wir leben „erstmal in der Geschichte, in einer ergrauenden Gesellschaft. Und in der ergrauenden Gesellschaft des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts werden die Kohorten der neuen Linkspartei die Majoritätsgruppe der Republik bilden. Die 1950er- und 1960er Geburtsjahrgänge waren die Babyboomer der westdeutschen Gesellschaft. Bei Wahlen kommt es primär auf sie an. ... Die Zukunftschancen einer Linkspartei liegen gerade darin, dass sie eben *nicht* primär als Partei eines ungestümen jugendlichen Radikalismus agiert.“⁷⁵ Die „Kernpotenziale im Westen“, wie Franz Walter sie nennt, sind zutiefst durch die 1970er Jahre geprägt. „Und sie haben wunderschöne Erinnerungen an diese Zeit. Denn: Die meisten großen Emanzipationswellen haben ihren Anfang in diesen Jahren genommen.“⁷⁶ Die soziokulturelle Stadt-Land-Differenz wurde nivelliert, akademische Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen haben sich historisch einzigartig vergrößert, die Klassen- und Bildungsunterschiede zwischen Protestanten und Katholiken sind ausgeglichen und „zahlreiche Kinder aus Facharbeiterfamilien haben die wohlfahrtsstaatlich aufgestellten Leitern des sozialen Aufstiegs genutzt. Das alles ist die Welt eines bedeutenden Teils der neuen bundesdeutschen linken Mitte.“⁷⁷

Hinzu kommt der gegenwärtige Abbau eines der größten sozialpolitischen Erfolge in der Bundesrepublik: der sozialen Absicherung des Alters. Damit wurden erstmalig die Voraussetzungen für ein relativ unabhängiges Leben nach dem Erwerbsleben geschaffen. Eine Linkspartei, deren Akteure im Zentrum der „ergrauenden Gesellschaft“ stehen, können sich als Verteidiger dieser

⁷³ Vgl. DGB Einblick

⁷⁴ Werner 2006, S. 52

⁷⁵ Walter 2006, S. 96

⁷⁶ ebd., S. 97

⁷⁷ ebd.; siehe hierzu: „Teil der Modernisierung war auch, dass eine gut ausgebildete und geschulte Generation an die „Schalthebel“ der Macht strebte. Es begann der Marsch durch die Institutionen, der oftmals in den Armen der Institutionen endete. Aber: Gewerkschaften und andere Organisationen bildeten qualifizierte Betriebsräte und Vertrauensleute aus, Linken gelang der Sprung in Lehrtätigkeiten an den Hochschulen, Schüler, Studenten und Lehrlingsorganisationen schafften Räume von Selbsterfahrung, die Frauenbewegung rüttelte hierarchische Strukturen durcheinander. All dies ist heute noch in den Erinnerungen vorhanden. Nicht mehr lebendig, aber vorhanden doch.“, Gehrcke 2006, S. 221

Errungenschaften, gegen den neoliberalen Abbruch der Rente bzw. der jetzt notwendigen Eigenkapitalbildung entwickeln. Dies gilt für Ost und West.

Auch wenn in den Medien diese Gruppe abwertend als „Sozialarbeitergeneration“ denunziert wird, ist sie von ihrer sozialen Stellung ausgesprochen differenziert. Im Kern geht es also in keiner Weise darum, die „Generation der Sozialstaatsverlierer“ anzuvisieren, sondern der Ausgangspunkt ist eher eine Ähnlichkeit der lebensweltlichen und habituellen Situation eines großen Teils dieser Zielgruppe. Diese Gruppe weist selbstverständlich hohe Schnittmengen mit der ersten, als auch der folgenden Gruppe auf.

Frauen – sowohl als Wählerinnen, als auch als Trägerinnen des Projekts der Neuformierung – wären die dritte Zielgruppe. Genaugenommen muss wohl, wenn von früheren PDS-Ergebnissen ausgegangen wird, von der Rückgewinnung von Frauen gesprochen werden. Es darf vermutet werden, dass die in dieser Hinsicht unbefriedigenden Wahlergebnisse von 2005 in einem Zusammenhang mit dem männerdominierten Image der Linken stehen. Ausschlaggebend war wohl in erster Linie nicht das Spitzenduo Gysi/Lafontaine, sondern die Untersetzung mit den überwiegend männlichen Spitzenkandidaten auf Länderebene, dem diesbezüglich ohnehin bestehenden negativen Image der WASG sowie den etablierten frauenabweisenden Beteiligungsstrukturen linker Organisationen – insbesondere im Westen.

Ausgesprochen problematisch ist außerdem, dass zwar mehr Frauen als Männer finden, dass es in Deutschland ungerecht zugeht, sie aber nur halb so häufig die Linke wählen würden wie Männer. Einerseits sind Frauen in ihrem Wahlverhalten stabiler als Männer. Deren Schwankungen, u. U. auch ins Nichtwählerlager, können wahlentscheidend sein. Andererseits birgt die Abstinenz von Frauen im Parteibildungsprozess Gefahren: Bei zunehmender Männerdominanz reproduziert sich die Schwierigkeit für Frauen beständig, sich zu engagieren. Eine Erfahrung, die im Westen nicht nur die PDS gemacht hat. Hier wäre – neben Fragen der Parteireform – die deutlich stärkere Gewichtung des Politikfeldes sozialer Gerechtigkeit für Familien bzw. Kinder sinnvoll. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht um die Reduzierung von Frauen auf diese ihnen vermeintlich „natürlich zuwachsenden“ Themen. Die Erfahrung zeigt lediglich, dass sich Männer nach wie vor aus den Widrigkeiten des Familienalltags heraushalten und es Frauen sind, die auch hier ihre kompetente Arbeit leisten. Eine Schwierigkeit könnte dabei in dem gegenwärtig dominierenden konfrontativen Politikstil der neuen Linken bestehen, der zwar von Männern, weit weniger jedoch von Frauen geschätzt wird.

Es scheint ein Widerspruch zu der allgemein gewünschten Partei, die die Emanzipation der Menschen – ihre Selbstermächtigung – in den Mittelpunkt stellt. Dennoch sollten auch Überlegungen angestellt werden, wie zugleich auch denjenigen eine Stimme gegeben werden kann, die sich absehbar nicht selber engagieren werden bzw. können. Die Wirkungen der neoliberalen Wirtschaftsweise hat zur Schrumpfung sozialstaatlicher Funktionen und „Normen – wie Fairness, Ausgleich, Integration, Verknüpfung – und zu einer Destruktion klassenintegrierender, Bindungen stiftender Institutionen. ... Im „neuen Unten“ bleiben die Einzelnen für sich, unorganisiert, handlungsgehemmt, vereinsamt. Sie stören dadurch die Gesellschaft nicht mehr, bereichern und befruchten sie aber auch nicht, wie einst noch die organisierten Gegenkulturen.“⁷⁸

Die Interessen dieser Schichten, die – vereinfacht formuliert – zu den Verlierern in der Gesellschaft gehören und sich oftmals auch so sehen, muss die Linke vertreten, außerparlamentarisch und in den Parlamenten. Hier besteht auch im Wahlverhalten eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Linken. Zugleich ist es aber auch notwendig, die Interessen von Mittelschichten, Intellektuellen, hochqualifizierten Facharbeitern usw. aufzugreifen, die (noch) nicht von Abstieg und Prekarisierung betroffen sind, vielleicht sogar zu den „Gewinnern der Modernisierung“ zählen, aber an sozialer Gerechtigkeit und solidarischen Wertvorstellungen interessiert sind.⁷⁹ An-

⁷⁸ Walter, Franz: „Gewinnen und scheitern“, in: Spiegel Online v. 1.7.2006

⁷⁹ W.F.Haug nennt die Aufgabe, „die sozial Schwachen und die sozialistisch Problem- und Verantwortungsbewussten“ für das neue Projekt zu gewinnen. , zit. Haug 2005, S. 451

knüpfungspunkte bieten sich beispielsweise in allen Städten, insbesondere auch den Großstädten, aufgrund aktueller städtischer Entwicklungen. Wachsende bzw. schrumpfende Städte, eine neue Kultur der Urbanität, Fragen der Migration, soziale Differenzierungen, beispielsweise in Form „abgehängter Stadtteile“, u. a. m. sind die Themen, die die Linke aufgreifen muss. Wer sozialen Ausgleich, solidarische Verhältnisse und auch zukünftig Entwicklungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger will, gehört zum Potenzial linker Politik.

Die Frage steht in diesem Zusammenhang, welche Überschneidungen der aktuellen Potenziale der neuen Linken mit dem klassischen grün-alternativen Potenzial in den großstädtischen Milieus im Westen gibt. Waren zu Zeiten früherer PDS-Kandidaturen bei steigendem Urbanisierungsgrad die Stimmanteile in intellektuellen Milieus, bei Angestellten, Studenten usw. deutlich höher als im Durchschnitt⁸⁰, hat sich dies bei der Bundestagswahl 2005 in der Relation abgeschwächt. Dennoch wurden in Großstädten wie Bremen, Hamburg, Köln usw. prozentual die höchsten Stimmergebnisse für die Linke im Westen erzielt. Eine Vernachlässigung dieses Potenzials wäre gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlkämpfe in Bremen (2007), Hamburg und Hessen (beide 2008) töricht.

4. Partei und Organisationsentwicklung

Das Scheitern der beiden Hauptströmungen der sozialistischen- und Arbeiterbewegung und der Siegeszug des Neoliberalismus bedingen einen anderen Typ von Linkspartei. Diese, sich in Europa und Lateinamerika herausbildenden Parteien sind „Teil eines nachholenden Lernprozesses in Sachen Demokratie. Die Frage der Demokratie ist dabei in einem weiten und grundsätzlichen Sinne zu begreifen. Sie betrifft sowohl die Organisation selbst, als auch ihr Verhältnis zu Kräften außerhalb von ihr, als auch ihre Vision einer zukünftigen Gesellschaft und der Transformation dorthin.“⁸¹ Hier liegt die zentrale Aufgabe einer neuformierten Linken. In diesem Abschnitt werden zentrale Aspekte der Organisationsentwicklung vorgestellt und problematisiert. Es geht dabei um den Umgang mit Herkünften und Traditionen der Akteure ebenso wie um die Fragestellung, wie sich Pluralismus in einer offenen Strömungspartei mit den Schwierigkeiten der Identität vereinbaren lässt. Hinzu werden die Rolle der Mitglieder und der Organisationskultur problematisiert.

4.1. Herkünfte und Traditionen

Die „versprengten Kräfte der Linken“⁸² in Deutschland haben sich zur Bundestagswahl 2005 in einer seit Jahrzehnten ungekannten quantitativen und qualitativen Breite zusammengefunden und – in weitgehender Anerkennung ihres pluralen und differenzierten Charakters – einen fulminanten Wahlerfolg erzielt. Dennoch sind die unterschiedlichen Herkünfte, ihre programmatischen, ideologischen und kulturellen Wurzeln nicht gering zu schätzen.

„Die Linke in der BRD wie anderswo auch ist de facto differenziert, die bestehenden Unterschiede kein Zufall, sondern historisch gewachsen und begründet und vielleicht sogar, indem sie unterschiedliche soziale Lebenslagen und kulturelle Bedürfnisse zum Ausdruck bringen, objektiv unvermeidlich.“⁸³ Dies muss kein Zeichen der Schwäche sein, sondern kann unter bestimmten Bedingungen als Vorteil verstanden werden.

⁸⁰ vgl. Meuche-Mäker 2005, S. 51 ff.

⁸¹ Spehr 2005, S. 1

⁸² Bisky et.al. 2006

⁸³ Lochner 2006, S.1

Erforderlich ist die Kenntnis und Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Vergangenheit bzw. der der jeweils anderen politischen Strömungen. Die Entwicklung der Staatspartei SED über SED-PDS und PDS bis zur Linkspartei.PDS ist nicht nur relativ umfangreich analysiert, sondern die Mehrheit der Mitglieder der PDS hat diesen – teilweise quälenden – Prozess der Geschichtsaufarbeitung und Selbstveränderung selbst erlebt. Auch wenn es im Westen der Republik durchaus eine Aufarbeitung der Geschichte der sozialdemokratischen, traditionskommunistischen und grün-alternativen Strömungen, aber auch der Intellektuellenparteien der siebziger Jahre oder der Autonomen und anderer Bewegungen gibt, ist die Rezeption bei den ehemals oder jetzt wieder Engagierten eher gering. Zu diesem Mangel trugen sicherlich auch die Art des Absterbens und Fragmentierens linker Zusammenhänge, die weitgehende Lernresistenz des übriggebliebenen Reste und der enorme gesellschaftliche Anpassungsdruck auf die ehemals engagierten Linken bei.

Der Historiker Helmut Bock illustriert die Schwierigkeit linker Selbstkritik: „Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, politische und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen und den latent wirkenden Irrtum, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als ziemlich gute Gesundheit interpretiert. Wer solche Medizin reicht, kann nicht liebenswürdig erscheinen. Er hat – nach dem Wort August Bebel – oft sogar die falschen Lacher und Lobspender auf seiner Seite. Die Ära der Revolution von 1917 ist zu Ende. Zu Stalinismus und staatsmonopolistischem Sozialismus führt hoffentlich kein Weg zurück. Trotz der unabdingbaren Aufgabe, die inhumane, der volksnahen Demokratie und dem Sozialstaat feindlich gesinnte Strategie von Monopolkapitalisten und Politikern zu entlarven und zu bekämpfen: Die Erneuerung antikapitalistischer Alternativen wird *nicht* gelingen – ohne kritisch mit uns selbst zu beginnen, ohne ‚allen Aberglauben an die Vergangenheit‘ abzustreifen.“⁸⁴

Die Auffassung, dass im Zuge der sich jetzt „auch in der Linken manifestierenden Übermacht des Westens über den Osten“ nicht nur die „PDS als Ostpartei verloren ginge“, sondern auch „die PDS der offenen, demokratischen, selbstkritischen und komplexen Geschichtsarbeit“⁸⁵, sollte – was den letzten Teil des Zitats betrifft – ernst genommen werden. Völlig gegensätzliche Motive könnten die Geringschätzung der historischen Debatte in der neuen Partei befördern: konservative Versuche, den anti-stalinistischen Gründungskonsens der Linkspartei.PDS zu entsorgen, der Glaube, als westdeutsche Linke mit beispielsweise, libertärer oder stramm trotzkistischer Provenienz sei man immer schon antistalinistisch gewesen, bis hin zum Bemühen, das neue Parteiprojekt nicht ständig mit dem unangenehmen Erbe von DDR und Realsozialismus belasten zu müssen.

Aber für die neue Partei stellt sich die Frage, welches Erbe sie antreten und vor allem welche Traditionen sie aufnehmen will. Die Aneignung durch die Akteure ist notwendig, denn wer heute links sein will und auf den „bisherigen linken, demokratischen und sozialistischen Bewegungen“⁸⁶ aufbauen will, der muss ihre Vergangenheit und Wurzeln kennen. Dabei wird die Auseinandersetzung um Herkunft und Traditionspflege als gemeinsamer Lernprozess geführt werden müssen. In diesem Diskussionsprozess, der sich nicht im Selbstlauf ergibt, muss die demokratische Linke klären, welche Entwicklungspfade, welche Maximen politischen Handelns damaliger Zeit aus heutiger Sicht für emanzipatorische, linke Politik nutzbar zu machen sind – und welche nicht.

Wenn in den Programmativen Eckpunkten die Position eingenommen wird, „die Grundlagen für alte Spaltungen innerhalb der Linken sind entfallen“⁸⁷ sind zwei Anmerkungen erforderlich. Einerseits sollte das historische Scheitern eben dieser Vorläuferströmungen genauer untersucht

⁸⁴ Bock 2005, S. 899

⁸⁵ Sibylle Sechtem: „Adieu, PDS!“, in: Das Blättchen, Heft 13 v. 26.6.2006

⁸⁶ Gemeinsame Programmkommission 2006, S. 2

⁸⁷ ebd.

werden. Scheitern, das trifft laut Eric Hobsbawm⁸⁸ für die klassische Sozialdemokratie ebenso zu wie für die kommunistische Strömung. Daraus folgt für ihn: „Die gegenwärtige intellektuelle Krise der Linken hat ihre Wurzeln in der Doppelkrise der bolschewistisch-revolutionären und der sozialdemokratischen Strömung der Linken.“⁸⁹ Hier wäre zudem der Zusammenhang mit der Wirkungsmacht der neoliberalen Hegemonie nicht auszublenden. Die Schwierigkeiten der demokratisch-sozialistischen Linken, größeren Einfluss zu gewinnen, liegt nicht nur am eigenen Unvermögen oder neoliberaler Hegemonie, sondern auch im Erbe dieser linken Strömungen selbst begründet.

Oder, um es mit den Worten von Wolfgang F. Haug zu beschreiben: „Ohne Kompetenzzuwachs der Linken in ihren verschiedenen Strömungen ist die Kritik des Neoliberalismus nicht zu haben. Die Hegemonie des neoliberalen Deregulationismus ist die Reaktion auf das schließliche Versagen sowohl des sozialdemokratischen Regulationismus als auch der staatlichen Produktionsweise des Kommunismus. ... Beide hatten ihre große Zeit, die sich nicht begreifen lässt, ohne den ‚Fordismus‘ zu untersuchen. ... Beide feindlichen Brüder versagten an der Schwelle des Übergangs zum Postfordismus. Zur Regulationsform dieses Übergangs wurde just der neoliberale Deregulationismus.“⁹⁰

Zweitens sollte in den Eckpunkten überlegt werden, inwieweit es sinnvoll ist, die angeblich aufgehobenen Spaltungen mit dem Kontext des Jahres 1914 zu verbinden. Wird doch hier die Aufhebung des historischen Schismas der sozialistischen- und Arbeiterbewegung angedeutet. Offensichtlich gibt es auch andere Betrachtungsweisen, die vom Weiterbestehen zweier grundsätzlicher Pole innerhalb der Linken ausgehen und nicht voreilig verworfen werden sollten. So geht Fausto Bertinotti davon aus, dass es „in Zukunft in Europa zwei linke Lager geben (wird) – auf der einen Seite die reformistische Linke in Gestalt der Sozialdemokratie, auf der anderen Seite die alternative, antikapitalistische Linke, wie sie von der Linkspartei.PDS verkörpert wird.“⁹¹

Vermutlich ist der Versuch, sich selbst in die Linke hinein, andere jedoch aus der Linken herauszudefinieren, wenig erfolgversprechend. Dient er doch auch innerparteilichem Machtstreben und Ranküne, hat allerdings mit argumentativ gestützten Veränderungsprozessen wenig gemein. Nicht nur die Erfahrung linker Organisationen zeigt, dass bei Trennungs- und Neuformierungsprozessen ein auf langer Schmerzerfahrung begründeter Abschied oft mit sich bringt, dass die Attraktionskraft dessen unterschätzt wird, das soeben abgelegt bzw. verlassen wurde.⁹² Und nicht zuletzt: „die Anderen“ sehen es ohnehin anders.

4.2. Pluralismus – offene Strömungspartei

„Ich sehe da vor allem drei Strömungen: Die eine nenne ich die Außerirdischen. Die vertreten die Reinheitslehre, die hat aber mit dem Leben der Leute wenig zu tun. Dann haben wir auch eine Gruppe, die haben sich so angepasst, dass sie sich kaum noch von anderen Parteien un-

⁸⁸ Eric Hobsbawm skizziert die Entwicklung, indem er davon ausgeht, dass in den industriell entwickelten Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich verbesserte materielle Bedingungen und sozialstaatliche Einrichtungen durchgesetzt wurden. In den siebziger Jahren beispielsweise wurden im Sozialstaat in Skandinavien die meisten Ziele der Linken erreicht. Dennoch scheiterten beide Flügel der sozialistischen Bewegung, die durch die russische Revolution in einen kommunistischen und den einer staatstragenden Reformpartei gespalten worden waren. Der Versuch in Russland, und später auch in anderen Ländern, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen scheiterte. Die Reformunfähigkeit des staatssozialistischen Systems führte zu seinem Zusammenbruch. Hobsbawm geht davon aus, dass sein Scheitern „in den siebziger Jahren einfach nicht mehr zu übersehen war“. Das „Goldene Zeitalter der Sozialdemokratie“ ging in den siebziger Jahren gleichfalls zu Ende und erhielt durch die Veränderungen der Weltwirtschaft (Stichworte: Globalisierung und neoliberale Wirtschaftstheorie) seinen Todesstoß. zit. nach Hobsbawm 1999, S. 123

⁸⁹ ebd., S. 123f.

⁹⁰ Haug 1999, S. 182 f.

⁹¹ „Linke muss pluralistisch sein“, in: Neues Deutschland v.17./18.9.2005, Interview mit Fausto Bertinotti

⁹² vgl. Rilling, Rainer: „Linke Leute“, 22.6.2004, <http://www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=100>

terscheiden. Das Entscheidende aber ist das Zentrum, das immer beides im Kopf haben muss: Die Frage nach der längerfristigen Alternative zum Kapitalismus und die Interessenvertretung hier und heute.⁹³ Die Akteure in der Strömungslandschaft der neuen Linkspartei sehen sich selbst vermutlich etwas differenzierter, als Gregor Gysi sie hier skizziert. Tatsache aber ist, dass eine wachsende Zahl von Strömungen innerhalb bzw. am Rande der neuen Partei existiert.

Insofern ist es nur stimmig, dass alle Akteure fordern, dass die neue Partei im Prinzip pluralistisch sein muss. Das war bisher formal in der Linkspartei.PDS so und auch in der WASG. Und es sei angefügt, dass „die Linke“ ohnehin zu keinem Zeitpunkt ein homogener Block gewesen ist. Eine Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat, unterschiedliche Traditionslinien und Tendenzen der Linken zusammenführen, ist auf die Existenz nicht-hierarchischer Strömungen angewiesen. Das Neue an der künftigen Linkspartei müsste darüber hinaus darin bestehen, „dass sie demokratischen SozialistInnen, SozialdemokratInnen, AnhängerInnen der christlichen Soziallehre, KommunistInnen und undogmatischen, emanzipatorischen, liberalen und libertären Linken eine Heimat sein soll. Dies bedeutet jedoch, dass neu und anders als bisher im linken Parteienverständnis, die verschiedenen Strömungen in der künftigen Linkspartei nicht nur geduldet, sondern als Bereicherung verstanden werden.“⁹⁴

Konkret hieße das beispielsweise, „dass sich die unterschiedlichen Strömungen der Linken gegenseitig als Korrektiv brauchen. Brauchen wohlgebetet, nicht bloß dulden. Wer die zu schaffende gemeinsame Linkspartei programmatisch, strategisch und womöglich noch weltanschaulich nach seinem Bilde modeln möchte, ist schon dabei sie zu zerstören, bevor sie überhaupt existiert.“⁹⁵ „Brauchen“ ist hier vor allem in dem Sinne zu verstehen, dass sie „von ihren Widersprüchen und dem produktiven Umgang mit ihnen lebt und angetrieben (wird). Das setzt voraus, einen produktiven Umgang damit zu finden.“⁹⁶

Ein produktiver Umgang bedeutet gerade nicht Vereinheitlichung, aber klar dürfte auch sein, dass ein „bloßes Nebeneinander der verschiedensten Positionen und Strömungen nicht ausreichen (wird).“⁹⁷ Und hier liegt in der Tat eine der gegenwärtigen Schwierigkeiten des Parteibildungsprozesses begründet. „Gemeinsam ist allen, dass sie die eigene Position ins Zentrum rücken und die Frage nach einem gemeinsamen strategisch-programmatischen Ansatz unbeantwortet lassen.“⁹⁸

Nun sind Parteien, und dies gilt auch für die bisherige PDS, keine monolithischen Gebilde. Die ostdeutschen Landesverbände der PDS unterschieden sich in vielfältiger Weise. Politische Differenzen zwischen ihnen wurden selten ausgetragen, sondern eher kaschiert. Dieses in der Parteienforschung als „Uneindeutigkeit“⁹⁹ bezeichnete Verhältnis dient der Konfliktvermeidung. Entsprechend gering ist die Koordination ihrer Teile untereinander gewesen¹⁰⁰. Diese „lose Koppelung“ dient gleichfalls der Vermeidung bzw. Reduzierung innerer Konflikte. Auf die besondere Situation des Parteibildungsprozesses übertragen, könnte von der Gefahr einer „doppelten Uneindeutigkeit“ gesprochen werden: Es bestehen nicht nur die bisherigen horizontalen Beziehungen der Parteigliederungen, die jetzt durch aufgewertete West-Landesverbände ergänzt werden, sondern es kommen zusätzlich die wirkungsmächtigen Strömungen bzw. Entstehungskerne hinzu. Hier sind Strukturen erforderlich, die es dem neuen Parteiprojekt ermöglichen, nicht

⁹³ "Wir müssen zur Regierungsbeteiligung bereit sein", in: Berliner Zeitung v. 29.5.2006, Interview mit Gregor Gysi

⁹⁴ Breitenbach/Eckhoff/Gohde/Hoff 2006, S. 2

⁹⁵ Lochner 2006, S. 4

⁹⁶ Lederer 2006b, S. 3

⁹⁷ Bischoff/Radke 2006c

⁹⁸ Bischoff/Radke 2006b

⁹⁹ vgl. Wiesendahl 1998

¹⁰⁰ Dies gilt insbesondere bis 2003, als u. a. mit der Bildung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz die Koordinationsmöglichkeiten verändert wurden.

nur ergebnisoffen und kontrovers zu diskutieren, sondern auch zu entscheiden und verbindlich zu handeln.¹⁰¹

Die Partei bräuchte also einerseits insgesamt und in ihren Teilen eine Bereitschaft zur Toleranz gegenüber der jeweils anderen Position und gleichzeitig die Fähigkeit, politische Entscheidungen jenseits von Formelkompromissen zu treffen. Diesen Spagat auszuhalten und die inneren Widersprüche produktiv zu machen, unter dieser Anforderung wird es für eine Neuformierung nicht reichen. Dennoch, und dies steht hierzu nicht im Gegensatz, bedarf es in zentralen strategischen und programmatischen Bereichen eines ausreichenden Vorrates an Gemeinsamkeiten. Ein notwendiges Minimum wäre die gemeinsame Auffassung, dass es eine Logik jenseits der neoliberalen Ausformung unserer Gesellschaft gibt. Ein weiteres wäre die Akzeptanz eines tragfähigen Organisationsverständnisses. Und das gemeinsame Projekt müsste offen bleiben, sich nicht selbst genug sein und die produktive Auseinandersetzung und Kooperation mit gesellschaftlichen Kräften, auch anderen Linken, außerhalb suchen.

Die neue Partei kann deshalb keine Fortsetzung der PDS unter anderem Namen sein. Sie kann nicht automatisch dem Leitbild des Demokratischen Sozialismus folgen, obwohl seine Grundgedanken eine gewichtige Rolle spielen müssen. Notwendig für den Prozess wäre ein Partei- und Politikverständnis, das keine weltanschaulich geschlossene Partei voraussetzt, sondern einen Zusammenschluss linker Strömungen, „die gleichwohl an einer gesellschaftsverändernden, nicht allein gesellschaftskritischen Orientierung interessiert sind.“¹⁰²

Die Linkspartei.PDS versteht sich nicht als weltanschaulich geschlossene Partei, dennoch gibt es gefühlsmäßig eine gemeinsame theoretische Bezugnahme auf den Marxismus¹⁰³. Hier hat die neue Partei ihr Grundverständnis zu klären, auch im Verhältnis zu religiös orientierten Menschen. Nicht nur aufgrund der immer wieder genannten Mitglieder der christlichen Arbeitnehmerschaft, die bei der WASG engagiert seien, sondern generell. Eine neue Linke hat die Möglichkeit, sich deutlich von den anti-religiösen Konzepten der traditionellen Linken zu unterscheiden.

Es ist hilfreich, dass Manfred Coppik darauf hingewiesen hat, dass „das Spannungsfeld zwischen Lassalleanern und Eisenachern in der SPD über ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenschluss noch von Bedeutung blieb.“¹⁰⁴ Auch wenn die heutigen gesellschaftlichen Prozesse einem anderen Zeitregime unterworfen sind, werden Differenzen das neue Projekt, auch in grundsätzlicheren Fragen, noch lange begleiten. Das Ziel kann jedoch nicht in der Konservierung der Differenzen bestehen. Gefordert sind ein offener, transparenter Umgang mit den Strömungsherkünften, gemeinsame Lernprozesse, die die Herausbildung gemeinsamer politischer Praxen ermöglichen, die Herstellung individueller und kollektiver Handlungs- und Politikfähigkeit sowie das Öffnen bzw. Offenhalten der Partei.¹⁰⁵

Ziel der neuen Partei sollte sein, möglichst viele Linke an diesem Parteibildungsprozess zu beteiligen. Die Anerkennung unterschiedlicher, sich als links verstehender Sichtweisen ist die notwendige Voraussetzung für diesen Prozess. Das sich unter bestimmten Bedingungen und aufgrund eigener konzeptioneller Vorstellungen andere politische Bewegungen oder Organisationen nicht beteiligen, muss kein Manko sein. Wer, wie beispielsweise die DKP, ein völlig ande-

¹⁰¹ „Uneindeutigkeit“ führt zugleich zur Entwertung von Basis- und Mitgliederrechten, da bei unpräziser Beschlusslage die Ausgestaltungsmacht an die Parteiführung oder informelle Führungsgruppen übergeht.

¹⁰² Breitenbach/Eckhoff/Gohde/Hoff 2006, S. 2

¹⁰³ vgl. Breitenbach/Eckhoff/Gohde/Hoff 2006, S. 1

¹⁰⁴ Manfred Coppik: „Zehn Gedanken zum Linksbündnis und dem Verhältnis von WASG und PDS“ v. 17.3.2006

¹⁰⁵ Um hier Missverständnissen vorzubeugen: Nicht gemeint ist „ein Kooperationsmodell der Linken ...“, sozusagen ein Dach, unter dem interessierende politische Fragen miteinander diskutiert werden sollten, gemeinsame Absprachen zur Unterstützung bzw. zur Initiierung außerparlamentarischer Bewegung getroffen werden könnten und über Beteiligungen an zentralen Wahlen diskutiert und entschieden werden könnte.“ Stehr 2006, S. 6

res Parteiverständnis¹⁰⁶ hat, wird diesen Weg nicht mitgehen können. Auch andere Zusammenhänge¹⁰⁷, sich selbst wohl eher links des Projekts verortend, halten sich aus ihrer eigenen Logik heraus abseits. Einzelpersonen interessieren sich auch aus der kulturalistischen Linken für das neue Projekt, gering ist das organisierte Eingreifen aus sozialen Bewegungen.¹⁰⁸ Es ist nicht einfach, Akteure aus anderen, demokratischen linken Organisationen¹⁰⁹ zu gewinnen. Bei einigen bleibt immerhin die Haltung einer „indirekten Toleranz“, zumal sie die Möglichkeit nicht ausschließen können, dass sich aufgrund einer starken Linkspartei die eigenen politischen Spielräume erweitern könnten.

Die Organisation der Parteibildung als pluraler Prozess ist naturgemäß nicht unkompliziert. Das zeigt sich nicht nur an den Kandidaturen der WASG-Landesverbände in Berlin und Mecklenburg. Es zeigt sich auch an den Debatten in der WASG und den teilweise sehr grundsätzlichen Kritiken¹¹⁰ an der Linkspartei.PDS. Sie sind - im Gegensatz zu den Kandidaturen, die das gesamte Projekt gefährden – prinzipiell berechtigt und erforderlich im Prozess des Zusammenwachsens. Falsch wäre es, Kritiken und Sorgen nur im diplomatischen Kommunikestil oder gar nicht zu formulieren¹¹¹ und falsch wäre auch, neben der Kritik nicht auch nach dem Verbindenden zu suchen.

In der medialen Betrachtung werden die Schwierigkeiten des Parteibildungsprozesses registriert und u. a. als Ausdruck traditioneller linker Zersplitterung und des Zerredens praktischer Politik gewertet. Dass die FAZ nach den Kandidaturbeschlüssen der WASG leitartikelte, „das Projekt, das Gysi und Lafontaine zur Rückkehr in die Politik und in den Bundestag verhalf, ist zur Farce geworden“¹¹², sollte nicht verwundern. Kurioser ist es dann schon, wenn auch in der innerparteilichen Diskussion die aktuellen Strömungsaueinandersetzungen als „Abwerfen personellen Ballasts“ und „Säuberungen“¹¹³ bezeichnet werden. Diese Charakterisierung scheint frei zu sein von jeglicher Kenntnis über „Säuberungen“ in linker Parteigeschichte und verschließt Möglichkeiten einer notwendigen, kritischen Debatte.

¹⁰⁶ Die DKP will Partner des „linksreformistischen Parteiprojektes“, aber nicht „Plattform in einer Linkspartei sein.“ Stehr 2006; siehe hierzu auch: „Da die Partei ein freiwilliger Zusammenschluß von Gleichgesinnten ist, die auf der Grundlage des Marxismus zur Einheit des Willens und zum gemeinsamen Handeln fanden, schließen die Organisationsprinzipien der Partei die Bildung von Fraktionen innerhalb der Partei aus. Fraktion, das ist eine geschlossene Gruppe, die mit einer politischen Plattform hervortritt, über eine eigene Disziplin verfügt, mit der sie sich abgrenzt oder unterscheidet von der Politik, wie sie der Parteitag und andere Parteiorgane beschlossen haben. An die Stelle der Treue zu den Beschlüssen der Partei setzt die Fraktion ihre eigene Konzeption. Die Herausbildung von Fraktionen liefe zwangsläufig auf die Zerstörung der Einheit der Partei hinaus, auf ihre Spaltung. Wir haben es doch mit der Partei der Arbeiterklasse zu tun, deren Grundlage die wissenschaftliche Theorie von Marx, Engels und Lenin ist. Fraktionen ideologischer und politische ‚Pluralismus‘ kann nur bedeuten, dass in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse die bürgerliche Ideologie und Politik eindringen soll.“, Steigerwald, 2005

¹⁰⁷ vgl. „Offene Brief sozialer und politischer Basisorganisationen an die PDS und die WASG“, Juli 2005

¹⁰⁸ vgl. Hüttner, 2006b, S.4

¹⁰⁹ Die Entscheidung des „Regenbogens“ in Hamburg gegen den Einzug in die dortige PDS-WASG-Bürogemeinschaft ist ein Indiz für bestehende Vorbehalte. vgl. „Eigenständig bleiben“, in: taz hamburg, 27.2.2006

¹¹⁰ vgl. Bischoff /Radke 2006d

¹¹¹ Es scheint, dass Kritik an der WASG eher außerhalb der Linkspartei.PDS formuliert wird, als in ihr. Beispielsweise Dirk Hauer in seiner Replik auf Thiess Gleiss: „Vor dem Hintergrund solcher Erfahrung ist es schon dreist, wenn Gleiss vor allem der PDS ‚bürokratische Harmonisierung auf ein billiges, sich dem Kapitalismus anbietendes Programm‘ vorwirft. Denn gerade in der WASG ist lange erklärte Strategie gewesen, sich auf ein paar gewerkschaftliche Standards plus windelweiche Positionen zu Hartz IV zu beschränken. Selbst wenn es stimmt, dass sich die PDS in ihrer programmatischen Entwicklung dem Kapitalismus ‚angebietet‘ hat: Die WASG hatte sich programmatisch nie von ihm entfernt! Wenn es in der Programmatik der Linkspartei überhaupt irgendwelche emanzipatorischen Versatzstückchen in Sachen soziale Grundrechte, Antirassismus, Geschlechterpolitik etc. gegeben hat, dann waren sie oft genug gerade der PDS zu verdanken.“ in: „Verdoppelung der Sozialdemokratie“, in: analyse & kritik, Nr. 500 v. 18.11.2005

¹¹² „Eine Linkspartei?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27.2.2006

¹¹³ Lösing, Sabine: „Jedes politische Handeln ist immer daran zu messen, ob es dazu beiträgt, gesellschaftlichen Widerstand zu befördern“, v. 18.6.2006, <http://www.antikapitalistische-linke.de>

4.3. Schwierigkeiten mit der Identität

Einige der im vorigen Abschnitt aufgezeichneten Aspekte von Pluralität sind in manch anderen Parteien selbstverständlich, hingegen „in Linksparteien schwierig und Gegenstand eines nachholenden Lernprozesses.“¹¹⁴ Die Linke kommt zu einem großen Teil aus Traditionen, die keine pluralen Organisationsformen kannten. Auch in der aktuellen Situation des Parteibildungsprozesses lassen sich Schwierigkeiten des Umgangs miteinander erkennen. „Unter den Bedingungen des beginnenden 21. Jahrtausends hat auch die Linke ein Problem, identitätsstiftende Formeln zu verbreiten. Und dann entsteht Verunsicherung und Sorge um die politische Perspektive der eigenen Identitätslinie oder der eigenen politischen Formation. Bald ertönt der Ruf nach Konsequenz, Klarheit, Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit. Und damit einhergehend wird – am eigentlichen Problem vorbei – die „Abweichung“ gebrandmarkt und die Widersprüchlichkeit politischer Aktion negiert. Beifall gibt es für „deutliche Worte“, nicht für gründliche Analysen.“¹¹⁵

Gemeinhin kann davon ausgegangen werden, dass sich bei Organisationen, also auch politischen Bewegungen und Parteien, eine kollektive Identität herausbildet. Sie fußt auf programmatischen, kulturellen und emotionalen Gemeinsamkeiten, verdichtet u. a. in einer gemeinsamen Organisationsgeschichte. Erfolge werden gemeinsam gefeiert, Niederlagen gemeinsam erlitten. Das Engagement für die Partei oder Bewegung wird aufgebracht, weil sich eine emotionale Bindung entwickelt, die zu einem Gefühl der Übereinstimmung, Zugehörigkeit und Identifikation führen kann.¹¹⁶

In der Entwicklung der PDS im Westen dürften die Landtags- und Kommunalkandidaturen wichtige Bausteine bei der mühsamen Herausbildung einer kollektiven PDS-Identität gewesen sein. Wahlteilnahmen wurden teilweise als Mittel zur Parteientwicklung ansehen und bildeten gewissermaßen den Kern des politischen Daseins der PDS in den westlichen Bundesländern.¹¹⁷ Auch in der PDS im Osten hat sich in den letzten sechzehn Jahren eine gemeinsame Identität herausgebildet. Der Aufschwung der PDS seit dem Untergang der DDR war mit Sicherheit die Erfolgsgeschichte des deutschen Parteiensystems in den neunziger Jahren. Dazu hat, neben dem Stimmungsumschwung in der ostdeutschen Bevölkerung Mitte der neunziger Jahre und den zunehmenden sozialen Problemen, auch die PDS selber beigetragen. Sie hat sich – salopp formuliert – selbst aus dem Sumpf gezogen. Nicht am Schopf, aber durch einen langwierigen Weg der Selbstveränderung: Die Reste der SED haben sich seit 1989/1990 in einem schmerzhaften, von zahlreichen Abschieden geprägten Prozess von der Staatspartei der DDR zu einer linken, demokratisch-sozialistischen Partei transformiert. Dieser Prozess war konstruktiv und erfolgreich, wenn hier als Kriterien Akzeptanz in der Bevölkerung durch Wahlergebnisse, die Übernahme öffentlicher Ämter und die Durchsetzung eigener Projekte zählt.¹¹⁸

Auch in der bisherigen Entwicklungsgeschichte der WASG spielen Wahlkampagnen eine hervorragende Rolle bei der Aufgabe der Parteibildung. Die Beteiligung an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl spielte aus der Sicht zahlreicher Mitglieder eine wesentliche Rolle in der Konstituierungsphase der Partei. Nachdem sich im Zuge der Kooperation mit der PDS zur Bundestagswahl und dem erfolgreichen, gemeinsamen Wahlergebnis die Bedingungen verändert hatten, ist die Beteiligung an den Landtagswahlen im März 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz unter dem Namen WASG nur unter dem Gesichtspunkt eigener Identitätsentwicklung bzw. -wahrung zu verstehen. Die WASG befindet sich in einem Entwicklungsprozess, der wie bei vergleichbaren Parteigründungsprozessen, durch starke Schwankungen geprägt wird. Der Erwartungsdruck der Akteure und ihres Umfeldes sind erheblich. Die WASG

¹¹⁴ Spehr 2005, S.4

¹¹⁵ Lederer 2006, S. 4f.

¹¹⁶ Obwohl sie hier nicht näher beschrieben werden, sollten die zahlreichen negativen Seiten dieser Identität beachtet werden.

¹¹⁷ vgl. Meuche-Mäker 2005, S. 65

¹¹⁸ Die neue Linke wäre gut beraten, dieses Vermächtnis – bei allen Mängeln im Einzelnen – in der neuformierten Partei aufzuheben. Anderen – auch und insbesondere aus der westdeutschen Linken – hat die PDS im Osten eine grundsätzliche Erfahrung voraus: Der Erfolg war selbst erarbeitet, nicht ererbt und hart erstritten.

steht gewissermaßen vor dem Problem, in kurzer Frist sowohl die eigenen Strukturen zu entwickeln als auch den gemeinsamen Parteibildungsprozess zu befördern.¹¹⁹ So stellt sich die Frage, ob sich bei ihren Akteuren eine eigene Identität herausbildet.

Die WASG im Osten, die ansonsten keine bedeutende politische Rolle spielt¹²⁰, ist oftmals als Alternative zur PDS gebildet worden. Die Auseinandersetzungen in Berlin sind davon der schwerwiegendste und – für das gemeinsame Projekt der neuen Linkspartei – politisch schädlichste Ausdruck. Es reicht allerdings nicht aus, als Ursachen die rationalen Differenzen zur PDS-Regierungsbeteiligung oder den speziellen Einfluss politischer Kleinstorganisationen zu nennen, ohne zugleich die Sorge der Mitglieder um ihren Identitätsverlust zu berücksichtigen. Eine Sorge, die im Übrigen zahlreichen Mitgliedern der WASG¹²¹ als auch der Linkspartei.PDS zugeschrieben wird.

In der Debatte um Parteireform und Organisationsentwicklung stellt sich generell die Frage, ob der Verlust an verbindlicher Identität einen Mangel oder eher einen Gewinn darstellt. Die Herausbildung von Identitäten ist für die Politikfähigkeit von politischen Parteien und Bewegungen substanziell. Dort, wo es um Bündnisse, Netzwerke oder gar übergreifende Parteibildungsprozesse geht, kann der gesamte Prozess an der Überbetonung eigenständiger Identitäten scheitern. Gilbert Wassermann zieht den Schluss, dass „die Herausbildung einer Identität, die für jede Gruppe oder Gruppierung auf der Illusion beruht, dass nur jeweils die eigene Stärkung den gesamten Prozess voranzubringen vermag, auch auf die Gefahr hin, dass durch diese Selbstbestätigung der gesamte Prozess zu scheitern droht. Diese Sichtweise setzt die völlig überholte Auffassung selbsternannter Avantgarde fort, die in der einen oder anderen Form weiterbesteht, selbst in Kreisen, die sich inzwischen frei davon wähen.“¹²²

So kann denn im gegenwärtigen Prozess die erfahrungsgestützte Aussage nachvollzogen werden, jetzt müsse man „zusammenfinden, ohne die eigene Identität zu verlieren.“¹²³ Insofern bildet ein Organisationsmodell, dessen zentraler Bestandteil plurale, nicht-hierarchische Strömungen sind, eine Grundlage dafür, „die Identifikation der unterschiedlichen Entstehungskerne mit der vereinigten Linkspartei zu erhalten und die Breite des Vereinigungsprozesses nicht wieder zu verlieren.“¹²⁴

Klarheit sollte darüber bestehen, dass die zunehmende Individualisierung politischen Verhaltens und die abnehmende Integrationsfähigkeit früherer Großorganisationen auch erhebliche Auswirkungen auf das neue linke Parteiprojekt haben. Wenn oben von Identität zu Entstehungskernen bzw. Strömungen die Rede ist, sollte bedacht werden, dass es sich um sehr relative Größen handelt. Das „generalisierte Vertrauen“¹²⁵, das sich in einer langjährigen bis lebenslangen Loyalität gegenüber einer Partei ausdrückte, wird durch den Wandel hin zu einer individualisierten, situationsbedingten, von speziellen Zielen abhängigen und zeitlich nicht kalkulierbaren Unterstützung reduziert. Einen umgekehrt gelagerten Sonderfall könnten in diesem Zusammenhang

¹¹⁹ „Die WASG hat sich relativ schnell auf die PDS zu bewegt und strebt eine dauerhafte Verbindung mit der PDS an. ... Deshalb haben die strategischen Kerne in der WASG die Parole Parteiaufbau ausgegeben. "Wir müssen erst einmal die WASG aufbauen, die Strukturen, auch den hauptamtlichen Apparat ... Aber man muss natürlich eine Infrastruktur haben, sonst klappt das alles nicht"“ zit. nach: Speth 2006, S.69

¹²⁰ Als Stichworte: wenig Mitglieder, schwache Strukturen, Schwierigkeiten der Personalfindung, Parteiwechsler, örtliche Dominanz spezifischer Organisationen

¹²¹ vgl. Bischoff/Radke 2006d

¹²² Wassermann 2005, S. 2

¹²³ Herbert Schulz, Landesprecher der Linkspartei.PDS Hamburg, zit. nach: Oliver Schirg: „Die Suche nach der gemeinsamen Identität“, in: Die Welt, v. 24.7.2006

¹²⁴ Spehr 2005, S.2; Die Position Spehrs, eine organisationspolitische Voraussetzung sei, dass die Partei „*veränderungsoffen, umfeldoffen und identitätsfeindlich*“ sein müsse (ebd. S.5), kann im letzten Punkt nicht geteilt werden und steht auch im Widerspruch zur zuvor zitierten Aussage Spehrs. Die elementare Bedeutung emotionaler Prozesse als entscheidender Bedingung für Engagement bzw. Nicht-Engagement der Akteure wird übersehen. Dies umfasst auch, in oben beschriebener Weise, die Identifikation mit der „eigenen“ Organisation, Strömung, Herkunft usw.

¹²⁵ vgl. Greven 1997, S. 247

Organisationen bilden, die innerhalb der neuen Linken wirken, jedoch ihre Organisationsloyalität – ebenso wie die von ihren Mitgliedern geforderte – einer außerhalb der Partei liegenden Instanz gegenüber erbringen.¹²⁶

4.4. Mitglieder, Meinungsbildung und offene Debatte

Alle Fragen, die Partei und Organisationsentwicklung betreffen, sind vor dem Hintergrund weitgehender gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse zu sehen. Es ist von einer Entkopplung der individuellen Motive des Engagements von den sehr spezifischen und zudem wechselnden strategischen Politikzielen auszugehen. „Die scheinbar nur auf der Mikroebene angesiedelten Veränderungen des individualisierten Verhaltens – formelhaft gesagt: Der Übergang von der politischen Weltanschauung zum selektiven Interesse für ein bestimmtes Thema, von der Mitgliedschaft zum punktuellen Engagement und vom Mitgliedsbeitrag zur zweckgebundenen Spende, wirken so zusammen mit zahlreichen anderen Faktoren an der untergründigen Veränderung der Qualität politischer Strukturen und Institutionen mit.“¹²⁷ Zugleich verliert die „Partei als politische Lebensgemeinschaft, in der man sich gesinnungs- und gefühlsmäßig aufgehoben fühlt, zugunsten einer instrumentellen Sicht der Partei als politische Zweckorganisation an Bedeutung.“¹²⁸

Die neue Linkspartei steht vor der Aufgabe, ihre programmatischen und organisatorischen Grundlagen zu diskutieren und im Parteibildungsprozess festzulegen. Eine Partei, die sich als offene Strömungspartei versteht, steht vor der Aufgabe diesen Diskussionsprozess so zu organisieren, dass einerseits ihre Mitglieder dort ihr Recht auf horizontale Debatten umsetzen können, andererseits jedoch auch die aktuellen Grenzen des neuen Projekts weit zu überschreiten. Die Kooperation und der Austausch mit der „Außenwelt“ haben auch das Ziel, Neues aus der Gesellschaft aufzunehmen und sich beständig seiner selbst zu vergewissern.

„Mit unserer Programmdebatte sollten wir GewerkschafterInnen, Bewegungen, Verbände, Intellektuelle aus Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, UnternehmerInnen, VertreterInnen der Kirchen ansprechen. Ich könnte noch mehr Gesprächspartnerinnen aufzählen, mir geht es darum, dass die innerparteiliche Auseinandersetzung zu einer neuen Programmatik transparent, öffentlichkeitswirksam und interessant zu gestaltet wird, dass wir neugierig sind auf Kritik und Anstöße.“¹²⁹

Diskussions- und vor allem Lernprozesse erfolgen nicht im Selbstlauf, sondern müssen organisiert werden, die Partei in eine lernende Organisation verwandelt werden. Dabei könnte die Neuformierung der Linken Impulse der Parteireformbemühungen der PDS aufnehmen. Und sie hätte die Chance „offene Laboratorien“ für die Artikulation eines linken Radikalismus¹³⁰ zu entwickeln, um damit attraktiver für linke Intellektuelle, Wissenschaftler, Künstler usw. zu werden. Letzteres wäre wichtig, weil damit die Möglichkeit bestünde, nicht nur Beiträge zu den Bedingungen und Zielen demokratisch-sozialistischer Politik in Gegenwart und Zukunft zu erhalten,

¹²⁶ Dabei ist es unerheblich, ob sie sich als trotzkistisch verstehen. Nicht politisch-ideologische Differenzen sind in einer pluralistischen Strömungspartei ein Problem, sondern organisationspolitische Strukturen, deren Lenkungs- und Führungsebenen außerhalb der Partei existieren. Zur Auseinandersetzung mit der SAV siehe auch: Cakir 2005

¹²⁷ Greven 1997, S. 249

¹²⁸ Niedermayer, 1997, S. 335

¹²⁹ Bisky 2006, S.3

¹³⁰ Deppe, 2002, S. 42; Deppe weist darauf hin, "offenes Laboratorium" signalisierte nicht nur die Chance einer offenen Debatte, sondern auch strukturelle Schwächen. Jede Partei müsse auch Entscheidungen treffen und dabei verwandele sich das offene Laboratorium schnell - aus der Perspektive der Kritiker von Mehrheitsbeschlüssen - in ein "stählernes Gehäuse" von fraktioneller bzw. partikularer Macht. Dazu käme, dass mit der Offenheit stets auch eine Verhaltensunsicherheit verbunden ist, die dem Erfolg der Präsentation von Politik in der heutigen Mediendemokratie und ihrer Fixierung auf mediengerechte "Führer" nicht unbedingt zuträglich sei.

sondern mit der Beteiligung an einer solchen Debatte zugleich einen Beitrag zur Veränderung der kulturellen Hegemonie zu leisten.¹³¹

Die weitgehend abgeschottete Diskussion innerhalb der Parteien könnte so verändert werden, dass eine reale Chance besteht, sie für weite Teile der politisch interessierten Öffentlichkeit zu öffnen. Eine der Schlüsselfunktionen moderner Parteien ist die Förderung handlungsorientierter Kommunikation ihrer Mitglieder, aber auch darüber hinaus. Es gibt in der Regel ausreichend Mitglieder – aber auch interessierte Menschen im Umfeld –, die über Sachverstand und Kompetenzen verfügen, aber dem zeitintensiven Parteileben fernstehen. Sie könnten für konkrete Themen mit motivierenden, sinnhaften und ergebnisorientierten Strukturen für (befristetes) Mitmachen gewonnen werden.¹³² Die intensive Gewinnung von neuen Mitgliedern ist allein auch deshalb erforderlich, um den in den nächsten Jahren bevorstehenden Generationswechsel eines Großteils der Mitglieder der Linkspartei.PDS zu bewerkstelligen.

Wolfgang Abendroth hat Ende der 50er Jahre in seinen Beiträgen zur Parteientwicklung darauf bestanden, die Partei müsse „Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital“¹³³ sein. Er legte die Betonung auf den ersten Teil und hier liegt auch die heutige Bedeutung. Mitglieder müssen die Chance erhalten, sich zu qualifizieren und qualifiziert in die Debatten einzugreifen. Dies tunlichst auf der Grundlage einer linken Konfliktkultur¹³⁴. Qualifizierung der Mitglieder ist in linken Parteien und Bewegungen prinzipiell ein wichtiges Ziel gewesen. In heutiger Zeit kommt ihr auch aufgrund zahlreicher Neumitglieder bei Linkspartei.PDS und WASG besondere Bedeutung zu, die im Kontext der Sozialbewegungen der letzten beiden Jahre eingetreten sind.

Im Festschreiben von erkannten Gemeinsamkeiten und Dissensen liegt der Wert des Eckpunktepapiers. Sein inhaltlich-methodischer Vorzug besteht gegenüber den zahlreichen Positions- und Strömungspapieren, weil es nicht in erster Linie Zustimmung bzw. Kritik abverlangt – was auch nicht grundsätzlich falsch wäre –, sondern weil es für weite Teile der Mitgliedschaft die Problematik der vorhandenen programmatischen Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen der beteiligten Partner überhaupt erst transparent und sachlich darstellt. Oder um es anders zu formulieren: Hier wird nicht nur Akklamation erwünscht, sondern das Eckpunkt Papier fördert die Chancen auf eine Debatte mit wechselseitigen Lern- und Verständigungsprozessen. Hier könnte ein Mangel überwunden werden, mit dem sich wahrscheinlich nicht nur die westdeutsche Linke besonders auskennt. Die bisherige Debatte, vor allem auch zwischen den Partnern und mit anderen Interessierten, scheint allerdings begrenzt zu sein¹³⁵. Angesichts des anvisierten Zeitplans der Neuformierung besteht ohne ausreichende Diskussion die Gefahr, die Desintegration eines Teils der Mitglieder zu befördern.

Die neue Partei muss ihre Rolle in den politischen Auseinandersetzungen und ihr Verhältnis zu ihren Mitgliedern, Anhängern und Wählern bestimmen. Sie könnte im Luxemburgschen Sinne „revolutionären Realpolitik“ betreiben und sich die Aufgabe stellen, auf der Grundlage der Analyse der vorhandenen Bewegungen, gesellschaftlichen Umbrüche, widerständischen Praxen usw. Antworten zu formulieren und Fragen zuzuspitzen, das Unbehagen so zusammenzufassen, dass es zielgerichtet für viele erkennbar wird. Neben parlamentarischer Aktivität und Regierungshandeln hätte sie daran zu arbeiten, dass auch „alle Anderen“ politische Menschen werden und für ihre eigenen Interessen eintreten.

¹³¹ vgl. Deppe, 2002, S.43

¹³² vgl. Walter 2000, S. 65

¹³³ Abendroth, Wolfgang: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15.9.1957, zit. nach: Heigl 2006, 410

¹³⁴ Brie/Spahr 2006, S. 17f.

¹³⁵ „Doch wenn wir im Herbst zu einem Resümee kommen wollen, dann müssen wir jetzt noch einen Schritt zulegen.“ Bisky 2006, S.1; Die Strömungen könnten in der Auseinandersetzung mit dem Eckpunkt Papier eine ihrer eigentlichen Aufgaben nachkommen: die politischen, ideologischen und mit ihren Herkunftsfunktionen verbundenen Unterschiede sichtbar und anhand konkreter Kritik und eigener Alternativen diskutierbar zu machen.

Eine Schwierigkeit wird darin bestehen, in der neuen Partei den Einklang der Mitgliederrechte mit dem Recht der Strömungen auf Repräsentation herzustellen. Die Rechte des einzelnen Mitglieds sind bei allen Entscheidungen nach dem Prinzip „one (wo)man, one vote“ definiert. In der Linkspartei.PDS haben sich die Mitglieder dieses Recht bewahrt und sich kritisch gegenüber Versuchen der Partieliten, die als Einschränkungen ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten verstanden wurden, verhalten. In einer pluralistischen Strömungspartei müssen jedoch auch die unterschiedlichen Entstehungskerne und Gruppen angemessen vertreten sein. Nicht nur programmatisch, sondern auch in den Führungsorganen, Parlamentsfraktionen usw.

Eine größere Gefahr geht beim Neuformierungsprozess nicht nur von der Schwierigkeit aus, dass die beteiligten Akteure der Organisationskerne sich politisch verständigen müssen, sondern auch von den Mitgliedern. Wenn man davon ausgehen kann, dass sich die bisherigen Parteien verändern, dann wirft dieser Veränderungsprozess erhebliche Fragen und Sorgen der Mitglieder auf. Wenn die programmatischen Grundlagen, aber auch Strukturen, Symbole, Statuten usw. verändert werden, verändern sich auch Kulturen und Gewohnheiten. Verstehen wir diesen Veränderungsprozess als „Reform“ der Partei(en), so sei der Hinweis von Michael Chrapa in Erinnerung gerufen, dass „eine Partei ein unglaublich komplexer Mechanismus (ist), der zwar auf äußere Faktoren reagiert, der aber nicht beliebig umgebaut werden kann. Dazu sind die Apparate zu komplex, die Menschen zu widerständig. Die haben ihre eigene Dynamik in den örtlichen Gliederungen. Eine Partei ist nicht beliebig gestaltbar. Ich kann nur Tendenzen verstärken. Überlegungen, man könne eine Parteireform aufschreiben und mit Gewalt durchsetzen, halte ich für illusionär. So etwas kann nur langsam wachsen.“¹³⁶

Da die Zeit für langsames Wachsen nicht vorhanden ist, muss durch die Art und Weise des Neuformierungsprozesses verhindert werden, dass sich Mitglieder als Verlierer bzw. als Unzugehörig sehen und zurückziehen. Und das, obwohl sie die Vereinigung der Parteien prinzipiell begrüßen. Der von einigen befürchtete Rückzug von Teilen der überwiegend älteren Mitglieder der Linkspartei.PDS könnte fatale Folgen haben¹³⁷. Manchem mag es aus arithmetischen Gründen sinnvoll erscheinen, würden sich damit Linkspartei.PDS und WASG, wenn auch auf niedrigerem Niveau, quantitativ annähern und damit Vorbehalte bei einigen WASG-Mitgliedern reduzieren. Unter ihnen sind aber zahlreiche derer, die mit ihren schmerzhaft erworbenen Erfahrungen der Erneuerung aus den Jahren 1989 ff. eine Garantie dafür sein könnten, dass die Substanz einer mitgliederorientierten Partei, links und demokratisch, erhalten bliebe. Ihnen sollte durch ein durchdachtes Beteiligungskonzept die Sicherheit gegeben werden, dass sie auch zukünftig Mitwirkungs-, Entscheidungs- und Identifikationsmöglichkeiten behalten. Gerade in Zeiten verstärkter Politikverdrossenheit möchten auch in Parteien Menschen mit Menschen in Kontakt kommen, über Politik reden, gemeinsam handeln. „Sie möchten situativ erleben, was passiert. Das Erleben vor Ort ist wahrscheinlich technisch (gemeint ist Kommunikation via Internet – d. V.) nicht zu ersetzen.“¹³⁸

4.5. Abbau oder Andauern der Ost-West-Asymmetrie

Alle Parteien verfügen über starke regionale Unterschiede, die sich in Wahlergebnissen und politischem Einfluss ausdrücken. Bei der PDS war die Asymmetrie zwischen Ost und West allerdings ein Ausdruck ihres Unvermögens, eine politische Kraft in der ganzen Republik zu sein.

¹³⁶ Chrapa 2002, S.9

¹³⁷ Auch in der WASG bestehen Konflikte über die Frage, ob Politik stärker leitungs- oder beteiligungsorientiert entwickelt werden soll. Siehe hierzu: „Die Personen im Kern der WASG bilden einen schon länger diskutierenden Zusammenschluß... Wichtig war, so formuliert ein Interviewpartner, der den Gründungsprozess mit initiierte, „dass die Kräfte, die es im Kern vorangetrieben haben, zum großen Teil Leute mit politischer Erfahrung waren – aus dem gewerkschaftlichen Bereich, aus dem links-intellektuellen Bereich“. Diese Kader haben Organisationserfahrung, verfügen über eine hohe Frustrationstoleranz und können auf Ressourcen und Kontakte zurückgreifen. Insofern stimmen auch einige der Interviewpartner der Diagnose zu, dass dies eine Top-down-Gründung gewesen sei ... und für ein Personal, das es gewohnt ist, Politik als von Apparaten ausgehend zu denken.“ Speth 2006, S.63 f.

¹³⁸ Charpa 2002

Bekanntermaßen hat sich seit dem öffentlichen Beginn des Neuformierungsprozesses die Situation gravierend verändert. Die Ergebnisse der Bundestagswahl belegen, dass die neue Formation auch in den westdeutschen Bundesländern über erheblich größeren Einfluss verfügt und 4,9 Prozent der Stimmen erreichen konnte. In den nachfolgenden Landtagswahlen wurden respektable Ergebnisse erzielt, aber aufgrund der Funktionsschwäche in den Ländern und der zwei konservativ strukturierten, südlichen Flächenländer dennoch deutlich unter der 5-Prozent-Hürde. Die Kommunalwahlergebnisse in Hessen¹³⁹ gleichen den Erfahrungen der „alten“ PDS im Westen, dass in den Kommunen deutlich bessere Chancen bestehen, vorhandenen Einfluss in Mandate umzusetzen.

Die bisherigen Wahlergebnisse setzen allerdings, und das soll die erzielten Erfolge nicht schmälern, die Asymmetrie zwischen Ost und West fort. Dies ist nicht nur historisch bedingt, sondern es besteht weiterhin „das Problem, dass insbesondere viele Gewerkschaftsmitglieder zwischen Linkspartei und Sozialdemokraten schwanken. Die meisten sind eben immer in der Sozialdemokratie auch organisiert gewesen.“¹⁴⁰ Wenn die Vermutungen zutreffen, dass es nach der vollzogenen Parteibildung im kommenden Jahr zu einem erneuten Schub in der Mitgliederentwicklung kommen wird, werden die westdeutschen Landesverbände einen erheblichen Bedeutungszuwachs erhalten. Einerseits aufgrund stark gewachsener Mitgliederstärke, andererseits aber auch aufgrund der Differenz in der Alterstruktur. Die Mitglieder im Westen sind nicht jung, aber jünger als im Osten.

Für die PDS im Osten galt bei den Bundestagswahlen in den neunziger Jahren eine relativ starke Parteiidentifikation, d.h. eine dauerhafte psychische Bindung ihrer Wähler an die Partei. Auch wenn die Entwicklung gezeigt hat, dass zwar bei allen Parteien eine schrittweise Entemotionalisierung stattgefunden hat, ist die Bindungsintensität bei der PDS größer als bei den anderen Parteien. Die Forschung hat ergeben, dass sie gewissermaßen gleichermaßen eine ideologische und emotionale Bezugsgröße darstellt¹⁴¹. Im Westen sprechen die quantitativen Ergebnisse eine andere Sprache. Die Frage muss hier offen bleiben, und insofern soll hier nur auf das Problem aufmerksam gemacht werden, ob es bestimmte Faktoren¹⁴² gibt, die eine zunehmende Reduzierung dieser emotionalen Bindung befördern.

Unterstellt, die kulturelle Ost-West-Spaltung in der Gesellschaft hält noch einige Zeit an, wird dies auch die unterschiedlichen Wählerpotenziale beeinflussen. Gregor Gysi bezeichnete es als Fehleinschätzung, dass die PDS eine Fünf-Prozent-Partei gewesen sei. „Wir sind keine Fünf-Prozent-Partei. ... Wir sind in Wirklichkeit einerseits eine Ein-Prozent-Partei, andererseits eine Zwanzig-Prozent-Partei, aber nirgends eine Fünf-Prozent-Partei.“¹⁴³ Sowohl für die Politikentwicklung vor Ort, als auch für die jeweilige Sichtweise der Akteure, ist es ein wesentlicher Unterschied, ob aus dem Blickwinkel von einem Prozent der Wählerinnen und Wähler (jetzt knapp 5 Prozent) oder aus dem Blickwinkel von 20 Prozent bzw. jetzt 27 Prozent die Politik bestimmt wird.

Die kulturellen, strukturellen und teilweise daraus entstehenden inhaltlichen Differenzen zwischen West- und Ost-Linkspartei können in einer pluralen Partei für alle gewinnbringend genutzt werden. Dies wird nicht im Selbstlauf zu haben sein. Im Parteibildungsprozess, der mit der Neugründung nicht abgeschlossen ist, sollten Ost-West-Kooperationen, gemeinsam initiierte Pilotprojekte (beispielsweise in der Kommunalpolitik) und ein intensiver Austausch zu programmatischen Fragen entwickelt werden. Andererseits wächst die Gefahr, dass Differenzen zu strategischen Grundfragen, Politikstilen und -inhalten zur gegenseitigen Blockade entwickeln.

¹³⁹ „In den Stadträten scheint die Westausdehnung der PDS dennoch voranzukommen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.3.2006

¹⁴⁰ „Angriffe auf Zivilisten sind völkerrechtswidrig, in *radio.de*, v. 20.07.2006, Interview mit Oskar Lafontaine

¹⁴¹ vgl. Neu 2004, S. 117 ff.

¹⁴² Beispielsweise altersbedingter Rückgang der Mitgliederaktivitäten, Schwergewichtsverlagerung von einer Gestaltungs- zur Protestpartei, Reduzierung des Images, eine Partei für ostdeutsche Fragen zu sein etc..

¹⁴³ Gysi 2000, S.8

4.6. Organisationskultur und lernende Organisation

In dem aktuellen Entwicklungsstadium ist es für das Gelingen der Neuformierung von Bedeutung, dass es gemeinsam entwickelte Kriterien für Methoden, Inhalte und Ziele der Parteientwicklung gibt, die in einem Organisationsentwicklungsprozess zu erarbeiten wären. Die Linke steht vor der Frage: Wie und warum sollen sich also viele, teils zerstrittene, teils blockierte Menschen in Bewegung setzen? Können Veränderungen gelingen, indem *soziale Lernprozesse* initiiert werden, die als „kulturelle und emanzipative Erneuerung“¹⁴⁴ der politischen Linken charakterisiert werden können?

Die Entwicklung hin zu einer lernenden Organisation könnte die Veränderungsprozesse produktiv gestalten helfen. Die Erfahrung verschiedenster Organisationen zeigt, dass Veränderungsprozesse zumindest vorübergehend zu Protest oder stillen Formen des Widerstands führen. Deshalb ist zu Beginn die umfassende Einbeziehung der Mitglieder in den jeweiligen Parteien erforderlich, um die Möglichkeit zu schaffen, sich mit Einwänden, Unsicherheiten und Widerständen auseinanderzusetzen. Anderenfalls besteht die Möglichkeit, die Mitglieder als unterstützende, aktive Beteiligte zu verlieren. Die meisten Innovationsvorhaben scheitern, weil am Anfang keine ausreichende Klärung stattfand. Das Prinzip „Redet nicht soviel, lasst uns was machen!“ hat schon manches Projekt scheitern lassen.

Wenn tatsächlich eine Neuformierung stattfinden soll und nicht nur eine „alte“ – inhaltlich ausgerichtete und methodisch arbeitende Organisation – durch eine andere, größere „alte“ abgelöst werden soll, ist es auch sinnvoll, diskursive Prozesse zu fördern, die bewusst neue inhaltliche Gewichtungen sowie neue personale Kooperationen, quer zu den alten Organisationsstrukturen, ermöglicht. Gemeinsame Wahlkämpfe und Kampagnen, wie beispielsweise die für einen Mindestlohn, wären geeignete Schritte hierfür. Strömungen bzw. Entstehungskerne blieben bestehen, einer Zementierung und Abschottung würde dennoch entgegengewirkt.

Vereine, Bewegungen und auch Parteien haben spezifische Organisationskulturen ausgebildet. Diese Kulturen prägen ganz wesentlich den Alltag – das Parteileben – und bilden Lebensräume, die nicht nur durch Programme und Statuten geprägt sind. Vielmehr bestimmen sie Wert- und moralische Vorstellungen der Mitglieder, nicht selten sogar das Privat- und Familienleben der Mitglieder. Dies ist auch einer der Gründe dafür, warum Parteien meistens Mitglieder nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit anziehen und andere, ihnen fremd erscheinende Menschen abstoßen. Und – die Hypothese sei gewagt – hierin liegt auch ein Grund der Schwierigkeit der PDS mit dem Westen und der Westlinken mit der PDS.

Die kulturelle Ost-West-Differenz wirkt auch nach 16 Jahren „Einheit“ wesentlich in der bundesdeutschen Gesellschaft. Dennoch lassen sich die Spannungsverhältnisse in der zukünftigen Linkspartei nicht auf den politisch-kulturellen Unterschied zwischen Ost-PDS einerseits und West-WASG reduzieren. Es ist sogar zu vermuten, dass es in Wirklichkeit zwischen dem gewerkschaftlich geprägten Kernmilieu der WASG und dem Kernmilieu der Ost-PDS größere Überschneidungen in Bezug auf die sozialen und kulturellen Herkunft bestehen. Dem gegenüber könnten dann Teile der Mitgliedschaft von WASG, West-PDS und der jüngeren Ost-PDS stehen, die andere politische und kulturelle Prägungen erfahren haben. Seien sie nun klassisch

¹⁴⁴ „Eine wichtige Möglichkeit für Veränderungen großer komplexer Systeme, so einige Aussagen moderner Transformationstheoretiker, besteht darin, soziale Lernprozesse zu initiieren, zu befördern und zu organisieren (...). Dies betrifft nicht allein, aber in starkem Maße, das »Lernen am Modell« und hier vor allem am positiven Beispiel. Der bekannte Lernforscher Alfred Bandura formuliert folgende „fördernde Bedingungen“ bei Prozessen des sozialen Lernens: Emotionale Nähe zur Lernbotschaft; persönlich verinnerlichte Lernmotive; nicht als bedrohlich empfundene Lernsituationen; Nähe der Lernbotschaft zu bestehenden mentalen Strukturen; gesellschaftliches Klima mit Akzeptanz von Neuem; Möglichkeiten für Eigenaktivität; spürbare, das heißt auch absehbare Erfolge (...) Nur lernende Organisationen sind – im positiven Sinne – anpassungs- (und entwicklungs-)fähig. Auf dieser Grundlage beruhen die strategischen Linien des hier beschriebenen Ansatzes: Lernen mit Hilfe der „Pilotprojekte“, Lernen durch Eigenaktivität bei neuen, nach außen „offenen“ Initiativen, Lernen bei und mit Experimenten.“ Chrapa 2003, S. 606

linksradikal oder auch durch antirassistische, globalisierungskritische oder feministische Praxen geprägt.¹⁴⁵

Hier wäre einfach zu größerer Gelassenheit und gegenseitiger Interessiertheit zu raten. Nicht alles Neue, was man kennenlernen kann, muss gefallen und überzeugen, es muss aber auch nicht alles falsch sein. Dieses individuelle Lebensprinzip könnte auch in gewisser Weise für die Organisationsentwicklung gelten. Vor diesem Hintergrund wäre es notwendig, gemeinsame Lernprozesse zu initiieren, den Dialog zwischen unterschiedlichen Ansätzen zu führen und Perspektiven offenzuhalten. Bestandteil der Organisationskultur müsste gewissermaßen die Akzeptanz und Wertschätzung der Differenz werden. Ein sicherlich nicht zu dekretierender, dafür konfliktträchtiger und zudem längerfristiger Veränderungsprozess.

Wer wirklich plurale Auffassungen in einer Partei akzeptieren will, steht vor der Herausforderung, auch unterschiedliche Vorstellungen von Fortschritt und Emanzipation anzuerkennen – auch dies ein Ausdruck von Politikfähigkeit. Als Beispiel seien Differenzen zu feministischen Sichtweisen oder auch beim Verhältnis von Arbeit, Grundeinkommen und Vollbeschäftigung genannt. Eine Position zum politischen Schwerpunkt der Linkspartei, um hier als Beispiel die Vorstellungen Klaus Ernst herauszugreifen¹⁴⁶, hat nicht nur eine sachlich-inhaltliche Dimension sondern auch immer kulturelle – ohne deren Hintergrund sie auch nicht erklärbar wäre.

Wenn auch über inhaltliche Seiten feministischer Auffassungen diskutiert werden kann, die Notwendigkeit der Veränderung des vorherrschenden Politikstils in der neuen Partei steht außer Frage. Die Problematik der Wahlentscheidungen von Frauen und ihr weitgehendes Fernhalten vom Parteibildungsprozess wurden bereits thematisiert (siehe Abschnitt 3.4.). Die Ursachen sind weitgehend hausgemacht. Ein männlich dominierter Wahlauftritt – rein männliches Führungsquartett, trotz grundsätzlich bestehender Quotierung durchweg von Männern geführte westliche Landeslisten, überwiegend Männer als Direktkandidaten etc. – kann von vielen linken Frauen nicht toleriert werden. Die Akteure müssen sich mit der Kritik¹⁴⁷ auseinandersetzen und strukturelle sowie inhaltliche Pflöcke einziehen. Über geeignete Maßnahmen wird zu diskutieren sein¹⁴⁸. Entscheidend ist, ob sie mit männlicher Vormacht und entsprechendem Politikstil brechen und die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur zum Prinzip, sondern auch zur Realität werden lassen.

Bestandteil der Organisationskultur ist auch die Frage, wie die Kommunikationsbeziehungen innerhalb der Partei und in die Gesellschaft aussehen. „Das Projekt der Aufklärung und die Überwindung der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ verlangt den Dialog zwischen Individuen, keine eindimensionale Kommunikation, sondern Diskussionen im Alltag über den Alltag der Menschen. Das setzt personelle Bezüge und solidarische Interaktion voraus, die ohne soziale

¹⁴⁵ Zur Illustration sei auf den Streit um die Bewertung des Flaggenkults während der Fußball-Weltmeisterschaft hingewiesen, der in der (sächsischen) Linkspartei.PDS unterschiedliche inhaltlich-politische Positionen offenbarte aber auch ganz unterschiedliche kulturelle Traditionen.

¹⁴⁶ „Eine gewerkschaftliche Orientierung der Politik und eine politische Orientierung der Gewerkschaften ist nur möglich, wenn die Akteure in den Betrieben und Organisationen verankert sind. Daher wird die Wirksamkeit der neuen Partei maßgeblich davon abhängen, ob sie die Auseinandersetzungen um den politökonomischen Kern der Gesellschaft aufgreift und durch ausgewiesene Persönlichkeiten ausdrückt.“ Ernst/Firsching/Schmalzbauer, 2006

¹⁴⁷ „Vor allem aber war der Wahlkampf gerade im Westen von einem einseitig männlich dominierten Politikstil bestimmt, der den Wahlkampf der SPD einerseits imitierte, aber gleichzeitig kompromissloser und stärker auf soziale Einzelinteressen ausgerichtet auftrat. Langfristig schlagen sich typische Versäumnisse additiv nieder: die systematisch männlich geprägte Organisationskultur und Politikauffassung der WASG, aber auch vieler PDS-Landesverbände im Westen, sowie die Orientierung der PDS, zwar gezielt jüngere Frauen aufzubauen, aber insgesamt wenig Interesse aufzubringen für frauenpolitische Kompetenz der Gesamtpartei und insbesondere für kritisch-eingreifende Reflexion innerparteilicher Strukturen.“ zit. nach: Spehr 2005b, S.7

¹⁴⁸ In den Diskussionen der Gesellschaftspolitischen Foren wurde beispielsweise auf folgende Momente hingewiesen: „Die Erwartungen, die Frauen an eine parteiliche Organisation stellen, könnten mit den Stichworten wie Offenheit, Transparenz, Klarheit, Verständlichkeit, Kompetenz, die Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln sowie Konsequenz und Realitätssinn bei der Durchsetzung der eigenen Interessen beschrieben werden ...“ (S.16) Die zahlenmäßige Repräsentanz allein reiche nicht aus. „Entscheidend ist der Zugriff auf materielle und ideelle Ressourcen, auf Finanzen, auf Organisationsstrukturen, der Zugang zu Information und Wissen sowie letztlich der Rückgriff auf professionelle Netzwerke.“ (S. 63), zit. nach Brangsch 2006

Organisation nicht zu Stande kommen. Man wird eine sozialistische Partei daran messen müssen, ob sie das für sich selbst, mehr noch aber in der Öffentlichkeit zu Wege bringen kann.“¹⁴⁹

5. Ein Blick zurück und vorläufiges Fazit

Die Geschichte der Rot-Grünen Koalition ist noch nicht geschrieben worden, aber dafür wird ein Projekt dieser Regierung noch lange prägend in Erinnerung bleiben: Agenda 2010. An diesem Bündel von sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entwickelte sich eine starke Sozialbewegung – vorwiegend im Osten – und gravierende Umgruppierungsprozesse im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lager – vorwiegend im Westen. Zwei Entwicklungsprozesse, die dazu beitrugen, dass die Debatten über die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme auch wieder jenseits des neoliberalen Denkhorizonts geführt wurden.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich erstmalig seit dem Entstehen der Grünen vor fast drei Jahrzehnten, ein neues, linksorientiertes Parteiprojekt im Westen der Republik entwickelte. „Der Schub, den die Gründung der WASG für die Linke in Deutschland insgesamt gebracht hat, liegt darin, dass sie ein Produkt derjenigen gesellschaftlichen Widersprüche ist, wie sie von Millionen erfahren werden und in denen diese in Widerspruch zum System geraten sind. Dies war die Voraussetzung, dass sich ein politisch-ideologisch heterogenes Spektrum zusammenfinden konnte.“¹⁵⁰ Dies unterscheidet sie von den Teilen der ‚alten‘ Linken in der Bundesrepublik, die sich hauptsächlich über Ideologie und Programme definierte und auch darüber ihre Anhängerinnen und Anhänger suchte.

Obwohl auch die PDS nach ihrer tiefen Krise 2002/2003 von den Sozialbewegungen profitierte und nicht nur im Osten, sondern auch bei Wahlen im Westen¹⁵¹ Erfolge verbuchen konnte, entstand mit der „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ eine konkurrierende Partei, die der PDS in Westdeutschland den Platz als Protestpartei gegen die unsoziale Politik der neoliberalen Parteien erfolgreich streitig machte. Parallel entwickelten führende PDS-Politiker strategische Überlegungen, die den Aufbau der PDS in den westlichen Bundesländern nicht mehr als eine alternativlose Prämisse der Gesamt-PDS-Entwicklung ansahen¹⁵².

Das *scheinbare Scheitern der PDS im Westen*¹⁵³ wurde im Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 evident. Nachdem der Kanzler Neuwahlen ausrief und Oskar Lafontaine zu einem gemeinsamen Wahlantritt der Linken aufrief, begann ein Prozess, der bis heute nicht beendet ist: Die Neuformierung einer linken, demokratischen Partei in der Bundesrepublik. Vielleicht ist es ein Ergebnis der fünfzehnjährigen Entwicklung der PDS, das in seiner Tragweite weit über ihre bisherige Existenz hinausreicht: Das scheinbare Scheitern der PDS im Westen als Chance zur notwendigen Transformation der demokratisch-sozialistischen Linken.

¹⁴⁹ Werner 2006, S. 46

¹⁵⁰ Breitenbach/Eckhoff/Gohde/Hoff 2006, S.2

¹⁵¹ Europawahl, Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahlen im Saarland, alle im Jahr 2004

¹⁵² „Wenn die Menschen im Westen unzufrieden mit der SPD sind, dann kommen die allerwenigsten auf die PDS. Diese Tatsache kann die PDS nicht ewig verdrängen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir nicht in der Lage sind, dieses Defizit im Westen auszufüllen.“, zit. nach „Also, wenn ich was zu sagen hätte in der PDS“, in: Berliner Zeitung v. 21.8.2004, Interview mit Gregor Gysi; Und im Mai 2005: „Sie ist immer noch nicht im Westen angekommen. ... Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben.“ zit. nach: „Die PDS kommt im Westen nicht an“, in: Tagesspiegel, 17.5.2005, Interview mit Gregor Gysi

vgl. Meuche-Mäker 2005, S. 67 ff.; Ursächlich ist ein Bündel externer und interner Faktoren. Zu den externen Faktoren zählen die gesellschaftlichen Bedingungen des Umbruchs 1989/ 1990, die kulturelle Fremdheit der PDS in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft, die Wirksamkeit des Antikommunismus und die Krise der westdeutschen Linken. Als interne Faktoren werden Probleme der uneindeutigen politischen Orientierung der PDS, der mangelnden Strategiebildung und mangelnden Auseinandersetzung mit den konservativen Teilen der PDS-Mitgliedschaft gesehen.

Die Wahlgänge in NRW und zur Bundestagswahl zeigten einerseits, dass weder PDS noch WASG allein das Feld links von SPD und Grünen besetzen können. Andererseits zeigten sie aber auch, dass weder PDS noch WASG allein die 5-Prozent-Hürde übersprungen hätten.¹⁵⁴ Ausschlaggebend für das hervorragende Ergebnis war das gemeinsame Vorgehen bei den Bundestagswahlen. Für die Öffentlichkeit und die meisten Wählerinnen und Wähler gilt die „Fusion“ von PDS und WASG als bereits vollzogen.

Der Prozess der Parteibildung, der jetzt von beiden Parteien und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern vollzogen werden muss, bietet Chancen dafür, dass tatsächlich eine linke, plurale und demokratische Partei existiert, die stark im außerparlamentarischen Raum agiert, aber auch parlamentarisch wirkungsvoll auftreten kann. Er bietet auch die Chance, dass die bestehenden Vorbehalte¹⁵⁵ zwischen unterschiedlichen Strömungen, insbesondere auch zwischen Ost- und Westlinken in gemeinsamen Lernprozessen überwunden werden. Und der Prozess bietet auch die Chance, die inhaltlichen und strukturellen Verengungen des Projekts, das sich 2005 in der kurzen Zeitspanne von Ende Mai bis September unter dem Druck von Listenbildung und Wahlkampf notgedrungen als Top-Down-Prozess entwickelte, überwunden werden.

Grundsätzlich gilt die Regel, dass jedes Projekt scheitern kann, auch das einer neuen bundesweiten pluralistischen, demokratischen linken Partei. Zu jeder seriösen Planung eines Projekts gehört auch die Möglichkeit, es vorzeitig zu beenden¹⁵⁶. Die negativen Folgen sowohl für die beiden im Kern beteiligten Parteien, die beteiligten Akteure, die demokratische Linke insgesamt, aber vor allem auch für die Menschen, die eine starke linke außerparlamentarische wie parlamentarische Kraft an ihrer Seite benötigen, liegen jedoch auf der Hand.

Die Anfangseuphorie ist verflogen und so ist den beteiligten Akteuren zu wünschen, dass die negativen Zwischenstimmungen nur eben dies sind, es letztlich aber „noch genügend Schwungmasse“¹⁵⁷ für das gemeinsame Projekt gibt. Die Chancen stehen nicht schlecht. Die gesellschaftlichen Bedingungen begünstigen den Entwicklungsprozess einer neuen linken Partei und deshalb liegt es weitgehend an den Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG selbst, ob er gelingt. Sie sollten nicht vergessen, dass innerlinke Debatten und linke Politik – wo auch immer sie stattfindet – nur Mittel zum Zweck gesellschaftlicher Veränderung sind.

Auch wenn der „Demokratische Sozialismus“ nicht im Namen der Partei vorkommen sollte, so sind programmatische, strategische und Organisationsfragen von seinen Leitgedanken durchdrungen. Hier könnte ein wesentlicher Pfeiler der Erkennbarkeit und Unterscheidbarkeit der neuformierten Linken liegen. „Das Verständnis des demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess führt mit einer eigenen inneren Logik zu strategischen Konsequenzen... Protest und Widerstand, gestaltende Reformen unter gegebenen Bedingungen und Öffnung dieser Reformen für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus bildet eine Dreieinigkeit. Neu an der neuen Linken sollte sein, dass sie diese drei Momente ihres Kampfes in der ganzen Bundesrepublik zu einem sozialistischen Transformationskonzept verbindet und dabei dreierlei ver-

¹⁵⁴ Das in den 50 Jahren zuvor keine Kraft links der SPD bei Wahlen zumindest in die Nähe der Fünf-Prozent-Marke gerückt war, ist ein schwacher Trost. Das betrifft die traditionskommunistischen Parteien nebst ihren Wahlbündnissen (DFU, ADF, Friedensliste), die kommunistischen Parteiprojekte der Intellektuellenbewegungen der 70er Jahre (sog. K-Gruppen etc.), die Demokratischen Sozialisten, die sich Anfang der 80er Jahre aus Protest gegen die Regierung Schmidt gründeten und die linksgrün-alternativen Projekte wie Regenbogen, die sich Ende der 90er von den Bündnisgrünen abspalteten

¹⁵⁵ Die PDS ist, bei aller notwendigen Kritik an ihr, mehr als ein „Kollateralschaden der deutschen Einigung“ siehe: Detje/Schmitthenner 2006, S. 14.

¹⁵⁶ Hiermit sind nicht ominöse „B-Pläne“ und andere, eher der gegenseitigen Denunziation dienende Begriffe gemeint. Jeder sich an dem Projekt beteiligende Akteur hat seine persönlichen Beteiligungsmotive – mehr oder weniger – klar formuliert, ebenso seine „Schmerzgrenzen“ und Rückzugslinien. In diesem Sinne sollte jede politische Organisation über rationale Kriterien der Beteiligung und des Ausstiegs verfügen.

¹⁵⁷ Sommerinterview mit Lothar Bisky im Bericht aus Berlin, 21.8.2006, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5829810_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB5829770,00.html

meidet: das pure Nein ohne Alternative, das visionslose Handeln im Gegebenen und die Vision ohne Veränderung der Gegenwart.“¹⁵⁸

Zentrale Aufgabe der Linken ist die Durchführung eines Reform- und Demokratisierungsprozesses. Demokratie wäre in einem umfassenderen Sinne zu verstehen und schließt nicht nur die Organisation, sondern das Verhältnis zu anderen politischen Kräften, zur Gesellschaft sowie ihrer Transformation ein. Diesen Prozess leitete die PDS bereits für sich ein, konnte ihn aber aufgrund der ihr innewohnenden Mängel und Asymmetrien nicht zu Ende führen. Die Neuformierung der Linken bietet die Chance dafür, dass dieser Prozess erfolgreich fortgeführt werden könnte.

Dabei muss sie in Bewegung bleiben, offen sein für neue Themen, Fragestellungen und Akteure. Sie muss sich selbst immer wieder in Frage stellen. Sie muss die Frage beantworten, wie viele Tabuzonen sie sich leisten will. Die Auseinandersetzungen sollten von inhaltlichen Kontroversen statt von Verratsvorwürfen geprägt sein. Und nur in der Verbindung gemeinsamen Handelns und gemeinsamer Lernprozesse kann eine politikfähige linke Partei entstehen. Die gemeinsame Partei wird ihren Akteuren zum Bedürfnis – oder sie wird keine neue Partei. Die Anforderungen, die vor dem Projekt Neue Linkspartei stehen, sind, um es mit den Worten Ulrich Maurers zu formulieren, eindeutig: „Wir gleichen Nichtschwimmern, die vom 3-m-Brett ins tiefe Wasser gesprungen sind. Entweder wir schwimmen und werden Partei – oder wir werden als lächerliche Posse in die Geschichte der Gesellschaft eingehen“¹⁵⁹.

¹⁵⁸ Dieter Klein: „Demokratischer Sozialismus als transformatorischer Prozess“ (Ms.) 2006

¹⁵⁹ Maurer 2006, S. 18f.

6. Literatur

- Backes, Uwe: Polarisierung aus dem Osten?, in: Jesse, Eckhard; Sturm, Roland: Bilanz der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2006-08-14
- Bischoff, Joachim, Hat der Linkssozialismus eine Zukunft?, in: UTOPIE kreativ, H.148, 2002, S. 101-108
- Bischoff, Joachim / Radke, Björn: Warum das Manifest „für eine antikapitalistische Linke“ keine Perspektive ist, v. 09.05.2006a, <http://www.netzwerk-linke-alternativen.de>
- dies. Wieviel „Antikapitalismus“ vertragen WASG und die neue Linkspartei?, 03.08.2006b, <http://www.netzwerk-linke-alternativen.de>
- dies.: Newsletter „Netzwerk Linke Alternativen“ Nr. 8 v. 10.08.2006c, <http://www.netzwerk-linke-alternativen.de/19+M50825fd146e.html>
- dies.: Auf dem Weg in die „Neue Linke“, 06.05.2006d, <http://www.netzwerk-linke-alternativen.de>
- Bisky, Lothar / Ernst, Klaus / Gysi, Gregor / Kipping, Katja / Lafontaine, Oskar / Weck, Felicitas: Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, Berlin 02.06.2006
http://sozialisten.de/sozialisten/medienspiegel/view_html?zid=32868&bs=1&n=0
- Bock, Helmut: Vom Elend historischer Selbstkritik, in: UTOPIE kreativ, H. 180, 2005, S. 890-899
- Brangsch, Lutz (Hg.): Berichte zu den Gesellschaftspolitischen Foren 2005-2006 ... neue Wege, neue Koalitionen, neue Fragen, Berlin 2006-08-28
- Breitenbach, Elke / Eckhoff, Heinrich / Gohde, Claudia / Hoff, Benjamin: Für eine demokratisch-sozialistische Linke. Anforderungen an den künftigen Parteivorstand bzw. die Parteientwicklung aus Sicht der undogmatischen und Reform-Linken (Ms.), 28.04.2006
- Brie, André: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004, in: UTOPIE kreativ, H.170,2004, S. 1079-1087
- ders.: Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Brie, Michael: Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005
- Brie, Michael (Hg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin 2003
- ders.: Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005
- ders.: Vorwort, in: Krause, Günther, 2005b, Wirtschaftsalternativen im Diskurs, Berlin
- ders.: Die Linke – was kann sie wollen? Sozialistische Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus Diskussionsthesen (Ms.), Januar 2006
- Brie, Michael / Spehr, Christoph: Was ist heute links?, in: kontrovers - Beiträge zur politischen Bildung Nr. 01/2006, Berlin
- Buchholz, Christine : Anmerkungen zu den Programatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland (Ms.), Berlin, Juli 2006-08-14
- Cakir, Murat: Am Scheideweg (I). Über die WASG, den Parteibildungsprozess und die politischen Konflikte (Ms.), Kassel, 26.12. 2005
- Chrapa, Michael : Parteien der Zukunft (Ms.), 18.05.2002, <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/partchra.htm>
- ders.: Parteireform als Aufbruch?, in: UTOPIE kreativ, H.153/154 2003, S. 603-608
- ders.: Umbruch und Suche. Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei, in: Brie, Michael (Hg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin 2003b
- Chrapa, Michael / Wittich, Dietmar: Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen. Studie (Ms.), 2001
- Deppe, Frank: Kritische Anmerkungen, in: Beiträge und Informationen zur Programmdebatte. Information des Bundesgeschäftsführers, Nr. 6, (Berlin) Mai 2002
- Detje, Richard / Schmitthener, Horst: Die Herausforderung der großen Koalition: Neugründung der gesellschaftlichen und politischen Linken, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 65, März 2006, S. 14-18
- Dietzel, Horst: „Neue Herausforderungen“ in der parteipolitischen Auseinandersetzung, Ms. 04.05.2006
<http://www.forum-ds.de/newsletter.php?id=640>
- Ernst, Klaus / Firsching, Frank / Schmalzbauer, Fritz: Zum Widerspruch zwischen Parteientwicklung und Linksradikalisierung, 2006, <http://www.w-asg.de/1201.98.html?&contUId=2647>
- Gehrcke, Wolfgang: Die Linke und die soziale Frage, in: Maurer,Ulrich; Modrow, Hans (Hg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung?, Berlin 2006
- Gemeinsame Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG (Joachim Bischoff, Michael Brie, Wolfgang Gehrcke, Bernd Ihme, Dieter Klein, Ralf Krämer, Konstanze Kriese, Julia Müller, Katina Schubert, Axel Troost, Harald Werner, Janine Wissler): Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Februar 2006
http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/protokolle/programm/view_html?zid=31907&bs=1&n=1
- Greven, Michael Th.: Politisierung ohne Citoyens. Über die Kluft zwischen politischer Gesellschaft und gesellschaftlicher Individualisierung, in: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Baden-Baden 1997
- Gysi, Gregor: Abschiedsrede als Fraktionsvorsitzender vor der PDS-Bundestagsfraktion (Ms.), Berlin, 2.10.2000
- Haug, Wolfgang Fritz: Politisch richtig oder Richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999

- ders.: Untergang der deutschen Linksregierung - Aufstieg der Linkspartei, in: Das Argument Nr. 262, 4/2005, S. 451 - 458
- ders. (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/I, Hamburg 2004
- Heigl, Richard: Wolfgang Abendroths Parteitheorie, in: UTOPIE kreativ, H. 187, 2006, S. 408 - 416
- Hobsbawm, Eric: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts, München/Wien 2000
- Hoff, Benjamin-Immanuel / Falkner, Thomas: Die Wahlergebnisse vom 26. März 2006 für die Linkspartei.PDS bzw. die WASG, o.O., o.J. (2006)
- Hüttner, Bernd: Vortrag vor der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS, Berlin, 18.3.2006a
- ders.: Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit. Probleme einer postfordistischen Linken (Ms.) 2006b
- Jesse, Eckhard: Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl, in: ders. / Sturm, Roland (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006
- Jesse, Eckhard / Sturm, Roland (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006
- König, Jens: Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin 2005
- Lederer, Klaus: Außerparlamentarische Bewegung und linke Akteure in der Regierung: Ist Kooperation möglich? Langfassung des Beitrags auf dem Gesellschaftspolitischen Forum in der Rosa Luxemburg Stiftung (Ms.), Berlin, 4.2.2006a
- ders.: Lohnt regieren? Beitrag auf der Berlin-Konferenz am 01.07.2006b (Ms.)
- Lochner, Axel: Die Realitäten zur Kenntnis nehmen: Ein kleiner Appell zur Gelassenheit. (Ms.), 21.5.2006
- Maurer, Ulrich: Partei oder Strömung?, in: ders.: Modrow, Hans (Hg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung?, Berlin 2006
- Maurer, Ulrich / Modrow, Hans (Hg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung?, Berlin 2006
- Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990 - 2005, Schlußfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005
- Neugebauer, Gero / Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996
- dies.: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr.7, Berlin 2002
- Niedermayer, Oskar: Beweggründe des Engagements in politischen Parteien, in: Gabriel, Oscar/Niedermayer, Oscar/Stöss, Richard (Hg.), Parteidemokratie in Deutschland, Bonn 1997
- ders.: Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems, in: Brie, Michael / Hildebrandt, Cornelia (Hg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006
- Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS, Baden-Baden 2004
- Pätzolt, Harald: Wo ist das Problem? Parteiprogramm oder Gründungsmanifest, in: DISPUT, Berlin, März 2006, S. 13-14
- Porcaro, Mimmo: Die Partei der kommunistischen Neugründung: Traditionen, Innovationen, Perspektiven, in: Brie, Michael (Hg.): Linksparteien im Vergleich, Berlin 2003
- Rilling, Rainer / Spehr, Christoph, Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 6/2005, Berlin
- Roth, Karl Heinz: Der Zustand der Welt, Hamburg 2005
- Seibert, Thomas: Organisation und soziale Bewegung, in: Engelke, Rolf / Klein, Thomas / Wilk, Michael (Hg.): Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus, Grafenau/Frankfurt a.M., 2005
- Schäfer, Paul: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS, in: UTOPIE kreativ, H.146, 2002, S. 1088-1101
- Scharenberg, Albert: Linker Aufbruch?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, 2005, S. 903 - 906
- Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005
- Schütt, Hans-Dieter: Gläubig und Genosse. Gespräche mit Bodo Ramelow, Berlin 2006
- Spehr, Christoph: Wem gehört die Partei? (Ms.), o.O. / o.J. (2005)
- ders.: Thesen und Material zur Auswertung der Bundestagswahl (Ms.) 2005b
- Speth, Rudolf: Navigieren ohne Kompaß? Strategiebildung in Parteien und NGOs (Ms.), o.O./ März 2006
- Steigerwald, Robert: Angesichts aktueller Entwicklungen: Der Marxismus über die Parteienfrage, in: Marxistische Blätter Nr. 5, 2005
- Stehr, Heinz: Die DKP und der Formierungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Referat auf der 6. PV-Tagung der DKP am 5.2.2006 (Ms.)
- Süssner, Henning: Good-bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998 – 2005 (Ms.), Dezember 2005, S. 16
- Wahl, Peter: Wem gehört die Partei?, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 65, März 2006, S.31-34
- Walter, Franz: Partei ohne Botschaft, in: Berliner Republik, H.4 /2000, S. 58 - 65
- ders.: German Disease? (Ms.) Okt.2005, <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=10222&0=>
- ders.: Die ziellose Republik. Gezeitenwechsel in Gesellschaft und Politik, Köln 2006
- Wassermann, Gilbert: Die neuen Möglichkeiten der alternativen Linken erfordern ihre tiefgreifende Wandlung (Ms.), Berlin, Dezember 2005, <http://www.rosalux.de/index.php?id=10972>
- Wehner, Burkhard: Organisierter Dilettantismus oder demokratische Expertenkultur? Bürgerbeteiligung in der Endzeit des politischen Generalismus, in: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Baden-Baden 1997
- Werner, Harald: Eine neue Partei?, in: : Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 65, März 2006, S.42-52
- Wiesendahl, Elmar: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/Wiesbaden 1998
- ders.: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006